

Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M2: Kurzbericht

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1990). *Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M2: Kurzbericht*. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-403841>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZENTRALINSTITUT FÜR JUGENDFORSCHUNG

(mit Unterstützung des Instituts für Marktforschung
Leipzig)



Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M 2

(Kurzbericht)

Leipzig, März 1990

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
0. Vorbemerkungen	3
1. Meinungen zur künftigen Entwicklung von DDR und BRD	4
2. Verbleib in der DDR, Zukunftssichten	9
3. Vertrauen zur Regierung der DDR und zu einzelnen Politikern	14
4. Identitäten	18
5. Wahlbeteiligung, Parteienpräferenzen	21
6. Frauen- und Sozialpolitik	26
7. Haltung zu Rechtsradikalismus und Gewalt	34
8. Zugehörigkeit zu Parteien und neuen Bewegungen	41
9. Mitgliedschaft in Jugendorganisationen	45
 <u>Anhang</u>	
10. Einstellung zu Parteien und Politikern der BRD	48
11. Einstellung zu europäischen Politikern	55
12. Einstellung zum Sozialismus und zu den Reformen in der DDR	59
13. Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR und der BRD	64
14. Rezeption ausgewählter BRD-Sender	72
15. Angaben zur Population	78

Die vorliegende Information wurde erarbeitet von:

Prof. Dr. B. Bertram (6.), Dr. R. Dennhardt (9.),
 Prof. Dr. W. Friedrich (5.), Prof. Dr. F. Förster (1., 12.),
 Dr. W. Gerth (7.), Prof. Dr. W. Hennig (2.), Dr. H. Müller (4.),
 Dr. G. Roski (3., 8., 10., 11., 13.), Dr. H.-J. Stiehler (14.).

Methodik: Prof. Dr. W. Hennig, R. Kuhnke
 Organisation: Dr. S. Siebenhüner
 Datenverarbeitung: Prof. Dr. Dr. R. Ludwig
 Forschungsleiter: Prof. Dr. F. Förster
 Gesamtverantwortung: Prof. Dr. W. Friedrich

9. **Verhandlungen**

Die folgenden Ergebnisse entstammen der repräsentativen Meinungsumfrage M 2 des Zentralinstituts für Jugendforschung mit Unterstützung des Instituts für Marktforschung Leipzig. Angeleitet waren Aussagen von DDR-Bürgern zur Bewertung der aktuell-politischen Situation sowie Voreinstellungen zur weiteren Entwicklung des Landes. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Studie M 1 vom November 1969 (vgl. ZfJ 54/69) ermöglicht die Diskussion von Trends.

In die Untersuchung M 2 waren einbezogen:

1. in eine repräsentative DDR-Population (M 2) 1769 Bürger über 15 Jahre;
2. in eine spezielle Jugendpopulation 1450 Schüler 10. Klassen, Lehrlinge und Studenten.

Die Untersuchung der Jugendpopulation erfolgte in den Bezirken Schwerin, Leipzig und Karl-Marx-Stadt.
Ein ausführlicher Überblick zur Population sowie Aussagen über die Repräsentativität erfolgen unter 15. im Anhang.

Binsgesamt wurde ein vierseitiger Fragebogen mit geschlossenen und offenen Indikatoren.

Die Untersuchung fand zwischen dem 29. Januar und dem 9. Februar 1990 statt.

1. Meinungen zur künftigen Entwicklung von DDR und BRD

In der Zeit seit der ersten Meinungsumfrage im November 1969 sind erwartungsgemäß außerordentlich starke Veränderungen im Meinungsbild zum künftigen Entwicklungsweg der DDR eingetreten:

Tab. 1: Haltung zum künftigen Entwicklungsweg der DDR

Welchen Entwicklungsweg sollte die DDR Ihrer Meinung nach künftig nehmen?

- 1 den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus
- 2 einen kapitalistischen Weg
- 3 einen anderen Weg

	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>
M 1	86	5	9
M 2	56	31	13
M 1 15 - 24 J.	88	5	7
M 2 15 - 24 J.	54	31	15
<u>ZIJ-Population</u>			
M 1 Schüler	91	2	7
M 2 Schüler	54	28	18
M 1 Studenten	90	3	7
M 2 Studenten	56	26	18
M 1 Lehrlinge	87	5	8
M 2 Lehrlinge	51	32	17
<u>M 2</u>			
Arbeiter	54	34	12
Angestellte	54	31	15
Rentner	65	25	10
<u>Wähler von:</u>			
CDU	29	56	15
Neues Forum	47	31	22
SFD	48	37	15
Grüne Partei	55	19	26
LDP	56	31	13
DDP	71	23	6
FDS	93	4	3
<u>Verbleib in der DDR:</u>			
auf jeden Fall bleiben	67	22	11
wahrscheinlich bleiben	40	43	17
wahrscheinlich ausreisen	29	59	12

Sprechen sich im November 1989 noch 86 Prozent der DDR-Bürger für einen besseren, reformierten Sozialismus in der DDR aus, so plädieren im Februar noch 56 Prozent dafür. Trotz des starken Rückganges ist das noch immer ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung. Wie aus Korrelationen hervorgeht, wirken hier offensichtlich Erfahrungen hinsichtlich bestimmter Leistungen des Sozialismus, die von anderen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht in diesem Maße erwartet werden. Dazu gehören u.a. die beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten, die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Bürger und die Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander, die im DDR-BRD-Vergleich von der Mehrheit der DDR zugeschrieben werden (ausf. s. Abschnitt 13). Bürger, die auf jeden Fall in der DDR bleiben wollen, sprechen sich wahrheitlich für einen besseren, reformierten Sozialismus aus.

Beträchtliche Unterschiede bestehen in bezug auf die Parteipräferenz. Für einen kapitalistischen Weg plädiert die Mehrheit der CDU-Wähler, aber nur zwischen einem Drittel und einem Viertel der Wähler der übrigen Parteien mit Ausnahme der PDS-Anhänger. Von Letzteren sprechen sich fast alle für einen besseren Sozialismus aus. Alles in allem ist erkennbar, daß die Idee eines reformierten Sozialismus keineswegs aus dem Bewusstsein aller Bürger verdrängt ist.

Dafür spricht sich auch die an anderer Stelle erwähnte Tatsache, daß rund die Hälfte der DDR-Bürger sehr viel oder ziemlich viel von "der Idee eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus" hält (ausf. s. Abschnitt 12.).

Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bürger spricht sich jetzt für eine Vereinigung von DDR und BRD aus:

Tab. 2: Stellung zur Vereinigung von DDR und BRD

Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD?

- 1 Ich bin sehr dafür
- 2 Ich bin eher dafür als dagegen
- 3 Ich bin eher dagegen als dafür
- 4 Ich bin sehr dagegen

	1	2	3	4
M 1	16	32	29	23
M 2	40	39	15	6
M 1 15 - 24 J.	14	30	28	28
M 2 15 - 24 J.	40	38	16	6
ZIJ-Population				
M 1 Schüler	13	26	35	26
M 2 Schüler	38	36	16	10
M 1 Studenten	4	16	31	49
M 2 Studenten	25	38	23	14
M 1 Lehrlinge	17	28	31	24
M 2 Lehrlinge	33	41	18	8
M 2				
männlich	44	38	14	4
weiblich	37	39	16	8
Identität als DDR-Bürger:				
uneingeschränkt	20	45	25	10
eingeschränkt	47	44	7	2
kaum	73	26	1	0
nicht	91	8	1	0
Wähler von:				
CDU	73	25	2	0
LDP	44	48	8	0
Neues Forum	44	34	14	8
SPD	46	43	9	2
DDP	29	48	21	2
Grüne Partei	25	50	25	0
EDS	5	31	29	35

Sprachen sich im November 1989 erst 48 Prozent für eine Vereinigung aus, so sind es im Februar 1990 bereits rund 80 Prozent. Dieser bedeutende Zuwachs ist in allen Teilgruppen nachweisbar.

Auch die Studenten, von denen sich im November nur 20 Prozent für die Einheit aussprechen, plädieren jetzt mehrheitlich (63 %) für eine Vereinigung von DDR und BRD. Beachtet werden muß dennoch, daß rund ein Fünftel der DDR-Bevölkerung nach wie vor gegen eine Vereinigung ist. Bei den Lehrlingen und Schülern beträgt dieser Anteil 26 Prozent, bei den Studenten 37 Prozent.

Von den weiblichen Bürgern sprechen sich signifikant weniger für eine Vereinigung aus als von den männlichen: 76 % gegenüber 82 %. Mit Ausnahme der PDS-Sympathisanten treten die Wähler aller anderen Parteien mehrheitlich für die Einheit von DDR und BRD ein; bei den CDU-Wählern trifft das mit 98 Prozent auf faktisch alle zu. Selbst von jenen Bürgern, die sich uneingeschränkt als DDR-Bürger fühlen, sind die meisten (65 %) für ein vereinigtes Deutschland.

Wesentlich ist, daß nur rund 40 Prozent derer, die eine Vereinigung befürworten, an eine sofortige Einheit denken. Das sind 31 Prozent aller Befragten.

Tab. 31 Befürwortung einer sofortigen Vereinigung

Sind Sie für eine sofortige Vereinigung von DDR und BRD?

	ja	nein	Da bin ich unentschieden
N 2	39	41	20
männlich	41	42	17
weiblich	37	40	23
15 - 24 J.	36	44	20
25 - 34 J.	36	35	19
35 - 44 J.	41	41	18
45 - 54 J.	43	37	20
55 und älter	41	37	22
<u>Verbleib in der DDR:</u>			
auf jeden Fall bleiben	35	44	21
wahrscheinlich bleiben	43	37	20
wahrscheinlich ausreisen	63	31	6
<u>Wähler von:</u>			
CDU	64	21	15
LDP	39	42	19
SPD	32	43	19
Neues Forum	36	46	18
PDS	12	79	9

	1	2	3
--	---	---	---

ZIJ-Population:

Schüler	32	46	22
Studenten	20	65	15
Lehrlinge	31	51	18

Rund 60 Prozent der Bürger, die für die Vereinigung plädieren, sprechen sich gegen ein schnelles Vorgehen aus (41 %) oder äußern sich dazu unentschieden (20 %). Das zu wissen und zu berücksichtigen ist für alle politischen Kräfte sehr wichtig. Jugendliche sind häufiger dagegen als Ältere; diese Tendenz wird auch durch die Daten der ZIJ-Population bestätigt. Mehrheitlich für sofortige Vereinigung sind nur die CDU-Wähler sowie jene Bürger, die wahrscheinlich ausreisen werden.

Die reichliche Hälfte der Befragten, die für ein vereinigtes Deutschland sind, stellen sich darunter eine Konföderation vor.

Tab. 4: Vorstellungen von einem vereinigten Deutschland

Wie sollte ein vereinigtes Deutschland beschaffen sein?

- 1 Ein Staat mit einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung
- 2 Ein Staatenbund, in dem die DDR und die BRD eng zusammenarbeiten, aber politisch selbständig sind (Konföderation)
- 3 Ein Staat, in dem die humanistischen Werte des Sozialismus verwirklicht werden

	1	2	3
N 2	34	54	12
<u>Verbleib in der DDR:</u>			
auf jeden Fall bleiben	25	62	13
wahrscheinlich bleiben	42	47	11
wahrscheinlich ausreisen	60	30	10
für reformierten Sozialismus	3	77	20
für kapitalistischen Weg	75	23	2
für anderen Weg	24	64	12
<u>Wähler VOHL</u>			
CDU	50	43	7
SPD	36	54	10
Neues Forum	36	53	11
LDP	31	61	8
PDS	2	74	24
<u>ZIJ-Population</u>			
Schüler	29	59	12
Studenten	32	54	14
Lehrlinge	32	59	9

Vor allen jene große Gruppe von Bürgern, die auf jeden Fall in der DDR bleiben werden (und die Einheit befürworten), plädieren für eine Konföderation (62 %). Mit Ausnahme der CDU-Mitglieder äußern sich auch die Sympathisanten der verschiedenen Parteien in dieser Richtung. Dasselbe gilt für die Jugendlichen.

Für den in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschlag, Karl-Marx-Stadt wieder Obermitz zu nennen, sprechen sich in der repräsentativen Population 47 % aus, 27 % sind dagegen und 26 % haben dazu keine Meinung. Von den wahlberechtigten Bürgern ab 18 Jahre würden 46 % für diesen Vorschlag stimmen.

2. Verbleib in der DDR, Zukunftsmöglichkeiten

Tab. 5: Verbleib in der DDR, Ausreise

"Werden Sie auch weiterhin in der DDR leben?"

- 1 Ich bleibe auf jeden Fall hier
- 2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben
- 3 Ich werde wahrscheinlich ausreisen
- 4 Ich werde auf jeden Fall ausreisen

	1	2	3	4
M 1	82	17	1	0
M 2	63	33	4	1
ZiJ-Population				
Schüler	73	24	2	1
Schüler	37	48	12	3
Studenten	76	23	1	0
Studenten	45	53	2	1
Lehrlinge	64	32	3	1
Lehrlinge	31	51	14	4
M 2				
15 - 24 J.	38	30	9	3
25 - 34 J.	50	45	6	0
35 - 44 J.	54	40	5	0
45 - 54 J.	73	26	1	0
55 - 64 J.	83	17	0	0
65 und älter	92	8	0	0
ledig	43	46	10	2
verheiratet	68	30	2	0
verw./gesch.	71	24	4	1

	1	2	3	4
<u>Identität als DDR-Bürger:</u>				
uneingeschränkt	77	21	2	0
eingeschränkt	49	47	4	0
kaum	44	51	4	1
nicht	39	43	16	3
<u>kinftige Entwicklung der DDR:</u>				
reform. Sozialismus	75	23	2	0
kapit. Weg	46	45	7	2
andere	54	42	3	0
Jugend (Schüler, Lehrlinge, Studenten)	37	52	9	2
Arbeiter	57	37	5	0
Angestellte	57	38	4	1
Rentner	92	8	0	0

Die Einstellung zum Verbleib in der DDR und die Bereitschaft zur Ausreise haben sich von M 1 zu M 2 deutlich verändert. Das zeigt sich in der drastischen Verringerung der Teilgruppe, die fest entschlossen ist zu bleiben, in der Vergrößerung der Gruppe, die "wahrscheinlich bleibt" und in der Zunahme der Ausreisewilligen von ein auf fünf Prozent. Letzteres bedeutet eine Zuwachs an ausreisewilligen Personen von etwa 135 000 (M 1) auf ca. 675 000. Von diesen sind 135 000 fest entschlossen.

Eine Altersdifferenzierung der Stichprobe verdeutlicht folgende, recht ausgeprägte Tendenz: Je höher das Alter der Befragten, umso größer wird die Anzahl derjenigen mit einer positiven Einstellung zum Verbleib und umso geringer die Anzahl der Ausreisewilligen.

In der Altersgruppe 15 - 24 Jahre ist (ZIJ-Population) für Schüler und Lehrlinge eine überdurchschnittliche Zunahme der Ausreisewilligen festzustellen, von 3 auf 15 % bzw. von 4 auf 18 %.

Ausgeprägte Identität als DDR-Bürger erweist sich als eine wichtige Bedingung für den Verbleib in der DDR.

Zob. 61 Verständnis für Ausreise

"Ich habe Verständnis dafür, daß immer noch Menschen unser Land verlassen".

	ja	nein
M 1	37	63
M 2	52	48
<u>Altenbevölkerung</u>		
Schüler M 1	29	71
Schüler M 2	57	43
Studenten M 1	36	64
Studenten M 2	56	44
Lehrlinge M 1	40	60
Lehrlinge M 2	69	31
<u>M 2</u>		
Jugend (Schüler, Lehrlinge, Studenten)	63	37
Arbeiter	59	41
Angestellte	52	48
Pentner	32	68
männlich	56	44
weiblich	47	53

Identität als DDR-Bürger:

uneingeschränkt	29	61
eingeschränkt	65	35
kaum	65	35
nicht	76	24

Die Zahl der Befragten, die Verständnis für Ausreisende angeben, erhöhte sich in der Zeit zwischen M 1 und M 2 beträchtlich. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Zunahme der Ausreisebereitschaft.

Eine wichtige Bedingung für das zunehmende Verständnis ist im Abschließen oder Auflösen der gefühlsmäßigen Bindung an den Status eines DDR-Bürgers zu sehen. Von denen, die sich ohne Einschränkung als DDR-Bürger fühlen, geben nur 36 % Verständnis für Ausreisende an; Befragte ohne entsprechende Bindung äußern dagegen zu 76 % Verständnis.

Tab. 7: Zukunftsbezogene Grundstimmung

"Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?"

- 1 optimistisch
- 2 eher optimistisch als pessimistisch
- 3 eher pessimistisch als optimistisch
- 4 pessimistisch

	1	2	3	4
M 2	23	38	30	9
XI.-Population				
Schüler	28	50	20	2
Studenten	14	53	28	5
Lehrlinge	27	44	25	4
M 2				
Jugend (Schüler, Studenten, Lehrlinge)	28	43	25	4
Arbeiter	24	38	28	9
Angestellte	20	41	31	7
Rentner	22	33	35	10
Identität als DDR-Bürger:				
uneingeschränkt	20	37	34	10
eingeschränkt	20	44	29	6
kaum	28	40	26	6
nicht	36	32	20	12
Wahlbeteiligung:				
ja	24	39	29	7
nein	23	25	35	17
weiß nicht	14	34	37	15

Eine optimistische zukunftsgerichtete Grundstimmung fördert Lebensfreude und Aktivität, orientiert auf Erfolg. So gesehen sind 61 % optimistisch Eingestellter positiv zu werten. Zugleich sind aber auch 39 % pessimistisch Eingestellte anzumerken. Gesellschaftliche Probleme finden hier einen subjektiven emotionalen Ausdruck.

Gruppenspezifische Differenzen bestehen, allerdings seltener in sehr ausgeprägtem Maße. Weitmas mehr Jugendliche als Rentner geben eine optimistische Zukunft in Aussicht an.

Tab. 51 Arbeitslosigkeit

"Ich bin sicher, daß wir auch künftig keine Arbeitslosigkeit haben werden".

	Ja	nein
H 2	12	88
ZLI-Population		
Schüler	17	83
Studenten	2	98
Lehrlinge	7	93
H 2		
Jugend (Schüler, Studenten, Lehrlinge)	12	88
Arbeiter	12	88
Angestellte	8	92
Rentner	22	78
Künftige Entwicklung der DDR:		
reformierter Soc.	15	85
kapit. Weg	9	91
andere	8	92

Arbeitslosigkeit stellt für den einzelnen eine existentielle Frage in materieller und sozialer Hinsicht dar.

Die Überzeugung, daß es künftig Arbeitslosigkeit geben wird, dürfte somit eine maßgebliche Handlungsbedingung sein. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, daß die Übergroße Mehrheit (88 %) der Befragten künftig Arbeitslosigkeit befürchten. Beim Gros der Bevölkerung hat sich damit ein neuer Bewußtseinsinhalt herausgebildet, der das Verhältnis zur Gesellschaft maßgeblich bestimmen dürfte.

Gruppenspezifische Differenzen bestehen. Sie treten in ihrer Bedeutung jedoch hinter die Grundproportion (88 zu 12 %) zurück.

3. Vertrauen zur Regierung der DDR und zu einzelnen Politikern

Nur geringes Vertrauen hat der überwiegende Teil der DDR-Bevölkerung Anfang Februar 1990 zur Regierung in der aktuellen Zusammensetzung sowie zur Volkskammer.

Tab. 91 Vertrauen zur Regierung der DDR in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung

"Inwieweit haben Sie Vertrauen zur Regierung der DDR?"

	sehr großes	großes	geringes	überh. keins
K 2	3	28	56	13
<u>Ziel-Bevölkerung</u>				
Schüler	2	18	62	18
Lehrlinge	0	16	65	19
Studenten	1	33	59	7
K 2				
<u>Verbleib in der DDR:</u>				
auf jeden Fall bleiben	5	35	51	9
wahrscheinlich bleiben	1	18	61	20
wahrscheinlich ausreisen	1	16	57	26
auf jeden Fall ausreisen	0	10	40	50
<u>Identität als DDR-Bürger:</u>				
vollkommen	5	40	49	6
etwas schon	1	20	68	11
eigentl. nicht	2	12	63	23
absolut nicht	4	6	40	50

Vor allem Schüler und Lehrlinge äußern sich kritisch. Nur jeder fünfte von ihnen erteilt der Regierung sein Votum. Erwartungsgemäß vertrauen jene Bürger der Regierung häufiger, die sich auch uneingeschränkt mit der DDR identifizieren und mit Sicherheit in Land verbleiben wollen, doch auch in diesen Gruppen überwiegen die kritischen und ablehnenden Potentiale. Dieses Ergebnis muß im Zusammenhang mit der problematischen Gesamtsituation der DDR betrachtet werden. Der größere Teil der Bevölkerung macht die gegenwärtige Regierung dafür verantwortlich, daß keine klaren Perspektiven in Ökonomie und Politik absehbar sind. Möglicherweise ist für einige auch von Gewicht, daß der größere Teil der Regierung (trotz Einbeziehung mehrerer Minister aus der Opposition) nach wie vor von der PDS (ehemals SED) gestellt wird. Die Mitglieder

der FDS sind im Übrigen die einzige Gruppe, die der Regierung mehrheitlich Vertrauen entgegenbringt (73 Prozent). Ähnliches trifft für das Vertrauensvotum gegenüber der Volkskammer zu.

Tab. 10: Vertrauen zur Volkskammer der DDR

"Inwieweit haben Sie Vertrauen zur Volkskammer der DDR"?

	sehr großes	großes	geringes	überh. keins
N 2	2	18	58	22
<u>ZIJ-Population</u>				
Schüler	0	18	54	28
Lehrlinge	1	11	63	25
Studenten	1	16	64	19
<u>N 2</u>				
<u>Verbleib in der DDR:</u>				
auf jeden Fall bleiben	3	24	56	17
wahrscheinlich bleiben	1	10	60	29
wahrscheinlich ausreisen	1	7	50	42
auf jeden Fall ausreisen	0	10	40	50
<u>Identität als DDR-Bürger:</u>				
vollkommen	3	26	59	12
etwas schon	0	12	65	23
eigentl. nicht	1	8	55	36
absolut nicht	1	4	34	61

Auch hier bringen am ehesten noch jene Gruppen ihr Vertrauen zum Ausdruck, die sich mit dem Staat DDR identifizieren und mit Sicherheit hierbleiben wollen. Natürlich wird auch die Volkskammer als gesetzgebende Körperschaft dafür verantwortlich gemacht, daß die Reformen in der DDR aus der Sicht der meisten Bürger zu langsam erfolgen. Das weiteren sind für viele die Abgeordneten der Volkskammer nicht durch das Volk legitimiert, da aus Wahlen nach dem alten Einheitslisten-Muster hervorgegangen. Erneut haben sich die FDS-Mitglieder von allen anderen Gruppen durch ein überdurchschnittliches Vertrauensvotum ab (46 Prozent). Auch aus der Sicht dieser Ergebnisse erweist sich im Nachhinein die Vorverlegung der Volkskammer-Wahlen auf den 18. März als eine richtige und unumgängliche Entscheidung.

Daß der Regierung der DDR noch in etwas stärkerem Maße Vertrauen entgegengebracht wird als der Volkammer, dürfte wesentlich der Person des Ministerpräsidenten geschuldet sein. Wie bereits in unserer ersten repräsentativen Untersuchung M 1 im November 1989 stellten wir die Frage nach jenen Persönlichkeiten, die aus der Sicht der DDR-Bürger am ehesten in der Lage wären, die Reformierung der Gesellschaft voranzutreiben. Es wurden keine namentlichen Vergaben gemacht.

Tab. 11. Vertrauen in Persönlichkeiten der DDR

"Welche Persönlichkeiten der DDR haben Ihr Vertrauen, die Erneuerung unserer Gesellschaft voranzubringen? Sie können bis zu drei Namen nennen!"

(Tabelle ist vertikal zu lesen/Nennungen in Prozent)

	M 2	M 1
Hans Modrow	52	65
Wolfgang Berghofer	18	2
Ibrahim Wöhne	15	0
Günther Malouda	5	14
Kurt Masur	5	2
Christa Luft	4	-
Lothar de Maizière	4	-
Gregor Gysi	4	5
Wolfgang Schnur	3	0
Manfred Gerlach	2	23

Von wenigsten einem Prozent der Befragten wurden weiterhin genannt: Rainer Eppelmann, Konrad Weiß, Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Ullmann und Jens Reich. Insgesamt äußerten sich 83 Prozent der Befragten.

Wie schon im November 1989 zeigt sich, daß eigentlich nur eine Persönlichkeit mit einer (wenn auch schwindenden) Mehrheit in der DDR-Bevölkerung rechnen kann, der Premierminister. Das ist seiner Integrität in den Augen vieler DDR-Bürger geschuldet, seiner sichtbaren und erlebbaren Unermüdlichkeit bei der Bewältigung fast unläßbarer Aufgaben. Dennoch ist auch Modrow vom weiteren Gelingen seiner Reformpolitik abhängig. Vergleicht man M 1 und M 2, so ist ein deutlicher Sympathie-Verlust zu registrieren,

der sicher auch im Zusammenhang mit dem Empfinden vieler Bürger steht, daß die Reformen in der DDR zu langsam vorstatten gehen. Im weiteren verweisen die Ergebnisse in Tabelle 11 darauf, daß es in der DDR, zumindest aus der Sicht ihrer Bürger, an Persönlichkeiten mangelt, denen man mit Blick auf die Erneuerung der Gesellschaft vertrauen kann. Nachdem 40 Jahre lang lediglich führende SED-Politiker sowie einige wenige Politiker aus den kleinen Blockparteien im gesellschaftlichen Leben dominierten (was nicht in jedem Fall nur mit ihren Fähigkeiten, sondern der vorrätigen medialen "Vermarktung" zusammenhing), entstand nach der Wende eine Art politisches Vakuum, das bisher nicht ausreichend aufgefüllt werden konnte. Führende Politiker der neuen Parteien und Bewegungen trugen längere Zeit das Handicap, sich nicht über eigene Medien an die Bevölkerung wenden zu können. Es ist anzunehmen, daß sich ihre Positionen in dem Maße festigen, wie die Parteien und Bewegungen, die sie repräsentieren, in der Bevölkerung Anklang finden. Insofern ist der aufsteigende Trend von Ibrahim Elyaz auch im Zusammenhang mit den starken Anwachsen der SPD und ihrer bedeutenden Akzeptanz in großen Teilen der Bevölkerung zu sehen. Wolfgang Herrhofer hat sich vermutlich durch sein unorthodoxes Handeln als Dresdner Oberbürgermeister in den kritischen Oktobertagen und in der Folgezeit (möglicherweise auch durch seinen Austritt aus der SED-PDS zu Jahresbeginn) Sympathien erworben.

Andere Politiker, die noch im November 1989 von mehr als zehn Prozent der Bürger das Vertrauen erhielten, mußten bedeutende Verluste quittieren. Das betrifft den amtierenden Staatratsvorsitzenden Manfred Gerlach (ehemals auch Chef der LDP) ebenso wie den Volkskammerpräsidenten und Vorsitzenden der Bauernpartei, Gunther Balenda. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit der zwischenzeitlich erfolgten kritischen Diskussion zur Rolle der kleinen Blockparteien und ihrer Führung als Vasallen des SED-Politbüros zu betrachten.

4. Identitäten

1. Die nationale Identität ist dominierend. Deutscher zu sein wird mit 80 % vorbehaltloser Stellungnahmen bei M 2 in sehr starkem Maße empfunden; gegenüber M 1 sogar ein wenig deutlicher. Die Unterschiede liegen sumeist zwischen der vorbehaltlosen und der mit Vorbehalten versehenen Position 1 oder 2.

So ist Jugend weniger entschieden national identifiziert, sowohl bei M 1, als auch bei M 2. Älteren Bürgern fällt es auf Grund geschichtlicher Lebenserfahrungen leichter, sich ohne Bedenken als Deutscher zu fühlen. In erster Linie spielen allerdings politische Erwägungen eine wesentliche Rolle. Je stärker man einen reformierten sozialistischen Weg bevorzugt und je weniger man für eine Vereinigung BRD-DDR ist, desto mehr tritt das Nationalbewusstsein zurück. Das Wählerverhalten für CDU oder LDP verstärkt das Gefühl des Deutschtums. Auffallend ist das Anwachsen des Nationalbewusstseins bei Schülern.

2. Die Identifikation als DDR-Bürger hat angesichts der verstärkten gesellschaftlichen Orientierungskrise in erheblichem Maße eingebüßt, indem der Anteil entschieden positiver Stellungnahmen von 76 % auf 53 % zurückging. Es handelt sich dabei nicht nur um Relativierungen, sondern auch um eine Erhöhung der negativen Positionen (von 6 % auf 22 %). Dieser Identitätsverlust war auf Grund der Entwicklung im Lande zu erwarten, dennoch ist es erstaunlich, daß sich ein doch relativ bedeutender Anteil zur DDR bekennt, allerdings in höheren Grade Intellektuelle und Rentner, darunter häufiger Frauen.

Erwartungsgemäß sind diese Identitäten politisch motiviert. Die erste (uneingeschränkte) Position wird mit 73 % von Vertretern eines reformierten Sozialismus bevorzugt. Die Anhänger eines kapitalistischen Weges identifizieren sich dagegen in dieser entschiedenen Weise nur zu 23 %. Ähnliche Verhältnisse ergeben sich aus den kontroversen Positionen zur Vereinigungsfrage, so wie sie auch von den am 18.3.1990 zu wählenden Parteien vertreten werden. Schüler und Lehrlinge als Subgruppen der Jugendpopulation sind mit 43 % vorbehaltloser Identität ebenfalls verhalten und liegen unter der erwachsenen Bevölkerung. Jugend erlitt somit einen größeren Identitätsverlust gegenüber ihren Positionen im November 1989 (M 1). Das betrifft auch die Studenten.

3. Bei der europäischen Identität hat sich in M 2 gegenüber M 1 fast nichts geändert. Die Lösung der deutschen Frage im europäischen Kontext hat offensichtlich im Bewußtsein der Menschen hierszulande noch keine progressive Entsprechung erfahren. Nach wie vor ist es die reichliche Hälfte, die sich diesbezüglich entschieden einordnet. Der höhere Anteil bei Studenten (60 %) deutet darauf hin, daß ein tiefergehendes Verständnis vorliegt und notwendigerweise auch erforderlich ist.

Tab. 12: Identität

Ich fühle mich ...		voll- kommen	etwas schon	eigentlich nicht	absolut nicht
<u>als Deutscher</u>					
M 1		77	21	2	1
M 2		80	17	2	1
<u>ZIJ-Population</u>					
Schüler	M 1	63	30	5	2
	M 2	72	24	4	0
Lehrlinge	M 1	70	24	4	2
	M 2	74	23	3	0
Studenten	M 1	59	32	7	2
	M 2	58	31	7	4
<u>als DDR-Bürger</u>					
M 1		76	18	5	1
M 2		53	25	14	8
<u>ZIJ-Population</u>					
Schüler	M 1	72	22	4	2
	M 2	44	35	13	8
Lehrlinge	M 1	66	27	5	2
	M 2	42	40	11	7
Studenten	M 1	76	19	4	1
	M 2	59	25	10	6
<u>als Europäer</u>					
M 1		52	34	11	3
M 2		52	35	11	2
<u>ZIJ-Population</u>					
Schüler	M 1	49	38	11	2
	M 2	43	39	14	4
Lehrlinge	M 1	55	32	10	3
	M 2	50	38	9	3
Studenten	M 1	57	31	11	1
	M 2	60	30	9	1

5. Wahlbeteiligung, Parteipreferenzen

Tab. 13: Wahlbeteiligung

"Wenn morgen freie, demokratische, geheime Wahlen zur Volkshammer wären, würden Sie sich daran beteiligen?"

- 1 ja
2 nein
3 das weiß ich nicht

	1	2	3
M 1	86	2	12
M 2	79	5	16
Schüler	44	13	43
Lehrlinge	54	11	34
Studenten	77	8	15

Ende Januar 1990 wollten sich 7 % weniger als Ende November 1989 an der Wahl beteiligen.

Weibliche Personen wollen sich weniger oft als männliche beteiligen (75 : 83 %), bei den ZIJ-Populationen sogar 14 bis 19 % weniger Mädchen.

Jugendliche neigen überhaupt weniger dazu, zur Wahl zu gehen (M 2: 15- bis 24jährige 70 %, vgl. weiter ZIJ-Populationen). Die Übereinstimmung zwischen Schülern, Lehrlingen und Studenten der repräsentativen und der ZIJ-Populationen ist sehr groß!

Rentner wollen auch seltener gehen (77 %); ebenso Bürger, die wahrscheinlich ausreisen wollen (60 %) und Zukunftspessimisten (62 %), im Gegensatz zu Optimisten (85 %). Parteimitglieder wollen überdurchschnittlich häufig zur Wahlurne gehen (85 bis 95 %), Parteilose nur zu 77 %.

Tab. 14: Parteienpräferenzen

"Welcher der folgenden Parteien/Bewegungen würden Sie bei einer solchen Wahl Ihre Stimme geben?"

	CDU	LDP	SED/ PDS	NDFD	DDP	SPD	Neues Forum	Demokr. Auf- bruch	Grüne Par- tei	Ver- einigte Linke	Demokr. jetzt	DSU	Die Hol- ken	einer andere	kei- ner
H 1	10	23	31	3	5	6	17	-	-	-	-	-	-	5	-
H 2	13	3	12	1	4	53	3	2	2	0	1	2	1	1	2
Schüler	12	2	7	1	0	56	5	1	6	2	0	1	1	3	3
Lehrlinge	15	1	3	1	2	58	3	2	6	1	1	1	2	2	2
Studenten	5	1	17	1	3	43	2	3	7	5	3	5	1	2	2

Die DVP (Deutsche Volkspolizei) erhielt weniger als 1 % Stimmen, 2 % der wahlberechtigten Bürger, wie auch der ZIJ-Population, würden für keine Partei/Bewegung stimmen.

Enorme (erdbebenartige) Veränderungen haben sich von Ende November bis Ende Januar vollzogen:

Die LDP ist von 23 % auf 3 % geschrumpft. Die SED/PDS von 31 % auf 12 %. Auch das Neue Forum hat sehr viel Boden verloren. Dasselbe gilt relativ für die NDFD, die ebenfalls 2/3 der Stimmen eingebüßt hat. Auf der Siegerstraße ist eindeutig die SPD, die in den letzten 2 Monaten von ca. 6 % auf über 50 % angewachsen ist. Solch einen Aufschwung einer großen demokratischen Partei hat es wohl im 20. Jahrhundert in Europa noch nicht gegeben. Die Ursachen können hier nicht diskutiert werden, obwohl sie auf der Hand liegen.

Bei den "potentiellen Wählern", den Schülern und Lehrlingen der ZIJ-Populationen fällt auf: Sie bevorzugen etwas mehr die Grünen und die SPD, aber weniger die PDS. Ansonsten ist die Übereinstimmung zur repräsentativen Population der M 2 beeindruckend. Studenten allerdings weichen viel stärker ab. Sie sind (bei der M 2 wie bei der ZIJ-Population) unterdurchschnittlich für CDU, LDP, SPD, aber überdurchschnittlich für PDS, Grüne, Vereinigte Linke, DSU.

ZIJ-Population	CDU	LDP	SED	NP
Schüler	8	22	15	40
Lehrlinge	6	22	16	44
Studenten	6	19	48	12

Auch hier gewaltige Veränderungen, besonders stark sind die Sympathieverluste für NP, die LDFD und SED/PDS.

Besonders hoch steht die SPD bei Arbeitern im Kurs (60 %), die Angestellten liegen genau im Durchschnitt.

Frauen würden zu 2 % mehr CDU und PDS, aber zu 3 % weniger SPD wählen.

Die SPD hat ihre größten Chancen in den Großstädten über 100 000 (56 %), aber auch in den Gemeinden von 2000 - 10 000 (58 %).

Die CDU hat in den Dörfern überdurchschnittliche Anhängerzahlen (17 %), in Großstädten die relativ geringsten (9 %).

Das Alter spielt eine völlig untergeordnete Rolle. Lediglich über 65jährige wählten weniger SPD (48 %), dafür aber häufiger CDU (19 %) wählen.

Wer gegen die Vereinigung ist, wählt kaum CDU, weniger SPD, aber viel häufiger PDS.

Es würden wählen:

Mitglieder der CDU: zu 80 % CDU, 9 % SPD
 Mitglieder der LDP: zu 60 % LDP, 20 % SPD
 Mitglieder der PDS: zu 76 % PDS, 13 % SPD
 Mitglieder der DHD: zu 38 % DHD, 36 % SPD

Tab. 15: Wahlsicherheit

"Und wie sicher sind Sie sich Ihrer eben getroffenen Wahl?"

1 sehr sicher
 2 eher sicher
 3 eher unsicher
 4 sehr unsicher

	1	2	3	4
M 2	42	43	12	3
Schüler	42	44	13	1
Lehrlinge	42	42	14	2
Studenten	29	43	23	5

Nur 15 % der Wahlberechtigten sind sich ihrer Parteinahl noch nicht sicher, Studenten allerdings wesentlich mehr. Differenzen finden sich vor allem unter 1 (sehr sicher) und spiegelbildlich dann unter 3 (eher unsicher).

Weibliche Wähler sind um 8 % weniger "sehr sicher" als männliche.

Bürger in Städten über 50 000 Einwohner sind um 6 % weniger "sehr sicher" als solche in Orten unter 50 000.

Zukunftsoptimisten legen sich zu 58 % auf "1" fest, die eher Optimistischen bzw. eher Pessimistischen dagegen nur zu 37 % bzw. 35 %.

Insgesamt zeigt sich, daß diejenigen, die sich auch bei anderen Entscheidungen nicht eindeutig pro oder contra festlegen, auch bei der Wahlentscheidung am häufigsten unschlüssig sind.

Eine Abhängigkeit vom Persönlichkeitstyp schlägt also durch (die Unsicheren, die lange Abwägenden sind weniger entschieden). Mitglieder von Parteien sind dagegen überdurchschnittlich fest entschieden, v. a. der CDU, LDP (59 bzw. 55 %), nicht der DDJ (nur 37 %), PDS (48 %).

Wer CDU wählt, ist sich zu 50 % seiner Entscheidung sehr sicher, das PDS-Wähler zu 48 %, der SPD-Wähler zu 43 %. Dagegen die Wähler der Grünen nur zu 29 % und die des Neuen Forum gar nur zu 19 % sehr sicher. Bei ihnen ist die Antwortposition 2 stärker besetzt. Andere demographische Merkmale haben keinen größeren Einfluß, auch nicht das Alter. Nur Rentner finden sich leicht überdurchschnittlich unter "sehr sicher".

Hätten sich die Republikaner an den Wahlen beteiligen können, so wären sie nur von 1 % der DDR-repräsentativen Population gewählt worden, bei Jugendlichen von 2 bis 3 %. Aber 4 % der Befragten unterstützen die Absicht der Republikaner, eigene Kandidaten bei den DDR-Wahlen aufzustellen, 5 % haben "keine eigene Meinung" dazu.

In der ZIJ-Population liegen die Verhältnisse etwas anders. Hier wollen 9 % der 368 Schüler aus 10. Klassen (davon 14 % der Jungen, 6 % der Mädchen) die Republikaner wählen, ebenfalls 5 % der Lehrlinge (7 % der männlichen).

Von denen, die übersiedeln wollen ($n = 36$), haben 25 %, von denen, die wahrscheinlich ausreisen wollen ($n = 133$) 12 % große Sympathie für die Republikaner.

Offensichtlich gibt es bestimmte Sympathie-Zentren für die Republikaner. Verantwortlich liegen diese mehr in Städten der DDR und in größeren Städten, jedenfalls nicht in Orten unter 2 000 Einwohnern.

6. Frauen- und Sozialpolitik

Die Ergebnisse der 40jährigen Frauen-, Familien- und Sozialpolitik in der DDR sind in den letzten Monaten stark und kontrovers diskutiert worden. Teils werden sie als zu gering empfunden, teils wird ein rascher Verzicht, z. B. auf Berufstätigkeit der Frau und dafür nötige Voraussetzungen (wie Kindergärten, Schulklassen), gefordert. Die Umfrage ergab aber, daß die überwiegende Mehrheit aller Alters- und sozialen Gruppen der Bevölkerung in der bisherigen Rolle der Frau und in den sozialpolitischen Maßnahmen viel Bewahrenswertes sieht und beides noch auszubauen wünscht. Die Forderung nach mehr Chancengleichheit und nach Sozialmaßnahmen für Ältere Bürger wird von jeweils über 90 % der Bürger erhoben.

Mehr Chancengleichheit im Beruf wünschen die Werktätigen mit Arbeitserfahrung noch etwas stärker als die in einer Ausbildung Stehenden (vgl. Tab. 16). Diesbezügliche Ansprüche der Frauen selbst, besonders der verheirateten, gehen stark gegen 100 % (vgl. Tab. 17). Aber auch Rentner und Rentnerinnen unterstützen diese Forderung.

Tab. 16: Chancengleichheit im Beruf (I)

"Frauen und Männer sollten bei uns auf allen beruflichen Ebenen die gleichen Chancen haben."

- 1 Das entspricht meiner Meinung
2 Das entspricht nicht meiner Meinung
3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<u>M 2</u>	94	4	2
Schüler	90	8	2
Lehrlinge	91	6	3
Studenten	94	3	3
Arbeiter	94	4	2
Angestellte	96	3	1
Selbständige	100	0	0
Rentner	93	3	2
andere	99	1	0
<u>ZIJ-Population</u>	92	5	3
Schüler	91	6	3
Lehrlinge	94	3	1
Studenten	92	3	5

Wähler von:

FDS	97	3	0
SPD	95	4	1
CDU	94	4	2
(Republikaner)	88	8	4

ZIL-Population

männlich	88	8	4
weiblich	97	1	2

Schüler männlich	87	10	3
weiblich	95	2	3

Studenten männlich	89	9	2
weiblich	92	1	0

Lehrlinge männlich	88	5	7
weiblich	92	1	1

Tab. 171 Gewerkschaftsbelt im Beruf (II)

"Frauen und Männer sollten bei uns auf allen beruf-
lichen Ebenen die gleichen Chancen haben."

- 1 Das entspricht meiner Meinung
- 2 Das entspricht nicht meiner Meinung
- 3 Dazu habe ich keine Meinung

1	2	3
---	---	---

M. 2			
männlich	93	52	21
weiblich	97		
Arbeiter männlich	91	6	9
weiblich	98	1	1
Angestellte männlich	94	5	1
weiblich	99		
Lehrlinge	92	5	9
vorherige bet	96	3	1
verw./gesch.	91	5	4

15 - 24 J.	93	5	2
25 - 34 J.	95	4	1
35 - 44 J.	95	4	1
45 - 54 J.	94	3	3
55 - 64 J.	99	2	0
65 und darüber	92	5	9

Politische Standorte haben hierauf nur einen geringen Einfluß: Auch rechtsradikal ausgerichtete Bürger (solche, die Republikaner wählen würden) stimmen dem zu 88 % zu. Berufstätigkeit als Ausdruck von Gleichberechtigung und Gleichstellung wird demnach allgemein als unverzichtbarer Wert angesehen.

Zugleich hält es ein Drittel der DDR-Bevölkerung für nötig, daß sich Frauen mehr um Haushalt und Familie kümmern, weniger um den Beruf (vgl. Tabellen 18 und 19).

Tab. 18: Frau und Berufstätigkeit (I)

"Frauen sollten sich heute bei uns mehr um Familie und Haushalt kümmern, weniger um den Beruf."

- 1 Das entspricht meiner Meinung
- 2 Das entspricht nicht meiner Meinung
- 3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<u>M 2</u>	34	57	9
Schüler	31	61	8
Lehrlinge	37	53	10
Studenten	34	63	3
Arbeiter	34	58	8
Angestellte	30	62	8
Selbständige	28	64	8
Rentner	39	49	12
andere	37	57	6
<u>ZLL-Bevölkerung</u>	24	63	13
Schüler	26	58	16
Studenten	15	78	7
Lehrlinge	32	51	17

Die Berufstätigkeit der Frau soll nicht wegfallen - wie Tabellen 16 und 17 belegen - aber ihren Stellenwert zugunsten der Familie verringern. Das meinen u. a. besonders die Älteren. (Wie andere Untersuchungen zeigen, sind Ursachen dafür vor allem im zunehmenden Zeitproblem und Stress in den Familien nach Feierabend zu suchen, ferner in Problemen bei der gesellschaftlichen Kinderbetreuung infolge Arbeitskräftemangels.) Lehrlinge, Ungelernte und Rentner vertreten leicht mehr als andere Qualifikationsgruppen diesen Standpunkt; Studenten, Hochschulkader und Selbständige weniger. Aber zu betonen ist, daß zwei Drittel unserer Bevölkerung dieser Lösung des Problems **n i c h t** zustimmen, sondern offenbar andere Wege suchen bzw. sehen.

Besonders die Frauen äußern sich in den meisten Qualifikationsgruppen - vor allem höheren - zurückhaltender als Männer zu dieser möglichen Verstärkung ihrer familiären Rolle.

Die politisch-ideologische Beeinflussung ist hier sehr groß. Die potentiellen Wähler verschiedener Parteien stimmen einer verstärkten Familienrolle der Frau unterschiedlich zu (PDS-Wähler 14 %, CDU-Wähler 46 %). Mehr im Sinne des alten Rollenmodells denken auch jene, die gar nicht wählen wollen, pessimistisch in die Zukunft sehen, sich wenig als DDR-Bürger empfinden, ausreisen möchten.

Tab. 19: Frauen und Berufstätigkeit (II)

"Frauen sollten sich heute bei uns mehr um Familie und Haushalt kümmern, weniger um den Beruf."

- 1 Das entspricht meiner Meinung
2 Das entspricht nicht meiner Meinung
3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<u>M 2</u>			
männlich	34	57	9
weiblich	33	59	8
Arbeiter männlich	34	57	9
weiblich	33	61	6
Angestellte männlich	32	58	10
weiblich	29	64	7
ledig	33	58	9
verheiratet	33	59	8
verw./geschieden	41	49	10
15 - 24 J.	32	61	7
25 - 34 J.	33	59	8
35 - 44 J.	34	59	7
45 - 54 J.	29	62	9
55 - 64 J.	32	56	12
65 und darüber	41	49	10
<u>Wähler von:</u>			
PDS	14	83	3
SPD	33	58	9
CDU	46	43	11
(Republikaner)	37	59	4
<u>Zi-Publikation</u>			
männlich	26	56	18
weiblich	23	63	9
Schüler männlich	26	52	22
weiblich	25	64	11
Studenten männlich	19	71	10
weiblich	12	83	5
Lehrlinge männlich	32	46	22
weiblich	32	58	10

Die Beibehaltung der sozialpolitischen Maßnahmen für die jungen Mütter und Familien streben zwei Drittel der DDR-Bevölkerung an (vgl. Tabellen 20 und 21), vor allem die Jüngeren (bis 35 Jahre), die Ledigen und die Frauen aller Altersgruppen. Bürger um das 40./50. Lebensjahr stimmen dem weniger zu. (Andere Untersuchungen zeigen, daß sie es selbst als ungerecht empfinden, von jeglicher Sozialpolitik ausgeschlossen gewesen zu sein, obwohl sie eine von Jugend an voll in Arbeit und Verantwortung stehende Generation sind. Ungerechtigkeit empfinden bezüglich der bisherigen Sozialpolitik allerdings auch die Rentner.)

Tab. 20: Beibehaltung sozialpolitischer Maßnahmen

"Die bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen für junge Mütter und Familien sollten beibehalten werden."

- 1 Das entspricht meiner Meinung
- 2 Das entspricht nicht meiner Meinung
- 3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<u>M 2</u>	67	26	7
Schüler	73	15	12
Lehrlinge	79	15	6
Studenten	66	26	8
Arbeiter	69	25	6
Angestellte	67	28	5
Selbständige	52	48	0
Rentner	63	26	11
andere	62	34	4
<u>ZIJ-Population</u>	81	13	6
Schüler	76	15	9
Lehrlinge	80	15	5
Studenten	85	9	6

Zu diesem Sachverhalt äußern sich weniger zustimmend: pessimistische und nach einem raschen kapitalistischen Weg strebende DDR-Bürger sowie solche, die Republikaner zu wählen wünschen bzw. die LDP und CDU wählen wollen.

Tabelle 21: Beibehaltung sozialpolitischer Maßnahmen

"Die bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen für junge Mütter und Familien sollten beibehalten werden."
(nach Geschlecht)

- 1 Das entspricht meiner Meinung
2 Das entspricht nicht meiner Meinung
3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
K 2			
männlich	65	20	7
weiblich	70	24	6
Arbeiter männlich	67	26	7
weiblich	73	23	4
Angestellte männlich	64	31	5
weiblich	70	25	5
ledig	71	19	10
verheiratet	65	29	6
verw./gesch.	64	26	10
15 - 24 J.	77	15	8
25 - 34 J.	73	22	5
35 - 44 J.	66	29	5
45 - 54 J.	65	30	7
55 - 64 J.	65	30	5
65 und darüber	62	26	12
<u>Wähler von:</u>			
FDS	75	23	2
SPD	67	27	6
CDU	62	31	7
(Republikaner)	46	46	8
<u>XII-Bevölkerung</u>			
männlich	76	15	9
weiblich	86	9	5
Schüler männlich	71	13	11
weiblich	81	12	7
Studenten männlich	75	19	6
weiblich	85	11	4
Lehrlinge männlich	79	13	8
weiblich	91	5	4

Wesentlich einheitlicher und klarer ist die Meinung der DDR-Bevölkerung zu einer Verbesserung von sozialen Leistungen für die Älteren Bürger. In der repräsentativen Umfrage äußern sich dafür um 90 % bei allen Untergruppen - außer jenen, die Republikaner wählen würden: ein Fünftel dieser Gruppe ist gegen solche Maßnahmen (vgl. Tabellen 22 und 23). Ein Teil der noch nicht betroffenen Jugendlichen (etwa um oder unter 10 % in verschiedenen Gruppen) hat sich über die Wirkungen von Sozialpolitik noch zu wenig Gedanken gemacht, um urteilen zu können.

Tab. 22: Altersfürsorge

"Für Ältere Bürger sollte es bei uns umfangreichere Sozialmaßnahmen geben als bisher."

- 1 Das entspricht meiner Meinung
 2 Das entspricht nicht meiner Meinung
 3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<u>M 2</u>	95	2	3
Schüler	89	3	8
Lehrlinge	85	4	10
Studenten	95	0	5
Arbeiter	95	2	3
Angestellte	96	2	2
Selbstständige	88	12	0
Rentner	97	1	2
andere	93	3	4
<u>ZLD-Population</u>	90	3	7
Schüler	87	4	9
Lehrlinge	96	1	3
Studenten	88	4	10

Tab. 23: Altersfürsorge

"Für ältere Bürger sollte es bei uns umfangreichere
Socialmaßnahmen geben als bisher."

- 1 Das entspricht meiner Meinung
2 Das entspricht nicht meiner Meinung
3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<u>ML 2</u>			
männlich	94	2	4
weiblich	96	2	2
Arbeiter männlich	94	3	3
weiblich	96	1	3
Angestellte männlich	96	2	2
weiblich	97	2	1
ledig	98	2	6
verheiratet	95	2	2
verw./gesch.	95	1	4
15 - 24 J.	92	2	6
25 - 34 J.	96	1	3
35 - 44 J.	94	3	3
45 - 54 J.	96	3	1
55 - 64 J.	93	1	0
65 und darüber	97	1	2
<u>Wähler von:</u>			
SPD	97	2	1
CDU	97	1	2
(Republikaner)	79	21	0
<u>ZIJ-Population</u>			
männlich	88	3	9
weiblich	91	3	6
Schüler männlich	84	4	12
weiblich	88	5	7
Studenten männlich	95	2	3
weiblich	96	1	3
Lehrlinge männlich	85	4	11
weiblich	88	3	9

7. Haltung zu Rechtsradikalismus und Gewalt

Die Veränderungen in den politischen Auseinandersetzungen in der DDR, besonders bei den Demonstrationen, mit der Tendenz zu Intoleranz, Gewalt und Aggression, bleiben nicht ohne Einfluß auf die Mehrheit der Bevölkerung.

Tab. 24: Angst vor Zunahme von Gewalt und Aggression

"Ich habe Angst, daß Gewalt und Aggression zunehmen".
(in %)

	ja	nein
M 1	43	57
M 2	63	37
<hr/>		
<u>ZIJ-Topulation</u>		
Schüler (M 1)	46	54
Schüler (M 2)	66	34
Studenten (M 1)	55	45
Studenten (M 2)	78	22
Lehrlinge (M 1)	41	59
Lehrlinge (M 2)	66	34
<hr/>		
Arbeiter	59	41
Angestellte	66	34
Rentner	67	33

Der Anteil derjenigen, die Angst davor empfinden, daß Intoleranz und Gewalt zunehmen, ist in gut zwei Monaten um die Hälfte gestiegen: Statt über 40 % der Bevölkerung, die das Ende November '89 befürchteten, sind es heute über 60 %! Das gilt für alle Tätigkeitsgruppen und sozialen Schichten; besonders sensibel reagieren - wie schon im November '89 - die Studenten.

Tab. 25: Angst vor Zunahme von Gewalt und Aggression, differenziert nach dem Geschlecht (in %)

	ja	nein
männlich	56	44
weiblich	70	30
Schüler		
männlich	53	47
weiblich	78	22
Studenten		
männlich	71	29
weiblich	83	17
Lehrlinge		
männlich	52	48
weiblich	81	19
Arbeiter		
männlich	52	48
weiblich	73	27
Angestellte		
männlich	59	41
weiblich	72	28

Auch Mädchen und Frauen haben wesentlich häufiger solche Befürchtungen als Männer, besonders weibliche Schüler und Lehrlinge äußern sie beträchtlich häufiger als ihre männlichen Klassenkameraden.

Klare Zusammenhänge ergeben sich erwartungsgemäß mit dem Zukunftsoptimismus: Je optimistischer die persönliche Zukunft gesehen wird, desto weniger wird Angst vor einer Ausbreitung von Gewalt und Aggression bejaht (49 %), je pessimistischer dagegen, um so häufiger (75 %). Aus eben solchen grundlegenden Ansichten ist auch der Unterschied zwischen jenen erklärbar, die eher für einen reformierten Sozialismus oder für einen kapitalistischen Entwicklungsweg in der DDR plädieren: Letztere haben solche Befürchtungen mit 43 % beträchtlich weniger als erstere mit 75 %. Das gleiche Verhältnis findet sich

bei den Befürwortern und den Ablehnenden der Vereinigung von BRD und DDR: Die Befürworter bejahen solche Ängste deutlich weniger als die Ablehnenden (46 % zu 84 %). Auch die DDR - Identität spielt eine sichtbare Rolle: Je geringer sie ist, desto weniger wird Gewalt und Aggression befürchtet (30 % zu 76 %)! Deutlich wird: Die ideologischen Verfechter der (Wieder-)Vereinigung mit der BRD erkennen und befürchten weniger eine Zunahme von Gewalt in den politischen Auseinandersetzungen!

Das kommt näherungsweise auch in den Parteimitgliedschaften und in den Wahlpräferenzen zum Ausdruck: Mitglieder der PDS, NDFD und DBD äußern solche Ängste wesentlich häufiger (80 %) als Mitglieder anderer Parteien. Auch die potentiellen Wähler dieser Parteien nennen ähnlich häufig solche Befürchtungen; am wenigsten die eventuellen Wähler der "Republikaner" (42 %).

Daß diese Befürchtungen großer Teile der Bevölkerung durch die Aktivitäten ideologisch rechtsradikaler Kräfte motiviert sind, belegt die Frage nach der Furcht vor zunehmenden neofaschistischen Tendenzen in der DDR!

Tab. 26: Angst vor der Zunahme neofaschistischer Tendenzen in der DDR (in %)

	ja	nein
2	63	37
<u>ZIJ-population</u>		
Schüler	73	27
Studenten	76	24
Lehrlinge	71	29
Arbeiter	61	39
Angestellte	61	39
Rentner	70	30

Knapp zwei Drittel äußern solche Befürchtungen, Frauen wiederum mit durchschnittlich 12 %-Punkten häufiger als Männer in allen Tätigkeitsgruppen. Es zeigen sich auch um nur wenige Prozent-

punkte unterschieden die gleichen wechselseitigen Zusammenhänge wie bei der Einstellung zu zunehmender Gewalt und Aggression. Beides wird demnach von der Mehrheit der Bevölkerung mit rechtsradikalen politischen Positionen in Verbindung gebracht. Diejenigen, die eher zu ähnlichen politischen Standpunkten tendieren, entwickeln solche Befürchtungen deutlich weniger.

Diese Abneigung besonders gegenüber rechtsradikalen Kräften geht bei der großen Mehrheit der Bevölkerung mit deutlicher Ablehnung einher. So werden die Warnungen in der DDR vor dem Neofaschismus zu einem großen Teil befürwortet.

Tab. 27: Haltungen zu den Warnungen in der DDR vor dem Neofaschismus (in %)

"Was halten Sie von solchen Warnungen?"

	Sie sind			
	über- trieben	ange- messen	viel zu schwach	kann ich nicht beurteilen
M 2	21	36	33	10
<u>ZIS - Population</u>				
Schüler	24	36	32	8
Studenten	22	46	28	4
Lehrlinge	20	38	30	12
Arbeiter	23	36	32	9
Angestellte	21	42	29	8
Rentner	15	29	41	15

Über ein Drittel hält die Warnungen vor neofaschistischen Tendenzen für angemessen, ein Drittel noch für viel zu schwach. Mit anderen Worten: Rund 70 % der Bevölkerung ist sich der Gefahr, die vom Rechtsradikalismus droht, bewusst! Auch hier äußern die Frauen aller Tätigkeitsgruppen und sozialen Schichten - aus den vorher genannten Ergebnissen verständlich - größeres Engagement für die Warnungen vor diesen Tendenzen.

Tab. 28: Haltungen zu den Warnungen in der DDR vor dem Neofaschismus (in %)

	Sie sind			
	über- trieben	ange- messen	viel zu schwach	kann ich nicht beurteilen
<u>Geschlecht</u>				
männlich	26	38	29	7
weiblich	15	35	37	13
<u>Weitere Entwicklung</u>				
reform. Sozialismus	9	37	45	9
kapitalist. Weg	39	33	16	12
<u>Vereinigung von BRD und DDR</u>				
dafür	37	32	19	12
eher dafür	14	44	33	9
eher dagegen	4	34	53	9
dagegen	-	25	72	3
<u>DDR-Identität</u>				
vollkommen	10	37	44	9
etwas schon	22	43	23	12
eigentlich nicht	41	30	18	11
absolut nicht	53	23	13	11
<u>Evtl. Wahl der Republikaner</u>				
ja	50	17	12	21
nein	20	37	33	10
<u>Wähler von:</u>				
CDU	34	26	25	15
LDF	36	38	13	13
FDS	1	32	63	4
NDPD	21	37	26	16
DBD	8	33	53	6
SPD	26	39	26	9
Neues Forum	8	53	33	6
Grüne Partei	25	39	25	11

Weitere Unterschiede zeigen sich in Abhängigkeit von der Meinung über den weiteren Entwicklungsweg der DDR, auch hinsichtlich der Vereinigung beider deutscher Staaten, der DDR-Identität und des Wahlverhaltens.

Insgesamt veranschaulicht die Übersicht: Konservativ eingestellte Bevölkerungskreise halten die Warnungen vor rechtsradikalen Entwicklungen häufiger für übertrieben als die übrigen, wobei die linksorientierten Gruppen und Parteien diese Warnungen wiederum häufiger als noch zu schwach kennzeichnen.

Tab. 29: Haltungen zu rechtsradikalen Forderungen (in %)

a) Auftreten gegen Ausländer, die hier arbeiten			
	bin dagegen	bin dafür	habe keine Meinung
M 2	70	13	17
<u>ZIJ-population</u>			
Schüler	47	24	29
Studenten	88	5	7
Lehrlinge	49	26	25
Arbeiter	67	17	16
Angestellte	76	10	14
Rentner	65	13	22
b) Forderung nach der Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937			
	bin dagegen	bin dafür	habe keine Meinung
M 2	81	7	12
<u>ZIJ-population</u>			
Schüler	68	17	15
Studenten	95	2	3
Lehrlinge	61	20	19
Arbeiter	78	8	14
Angestellte	85	6	9
Rentner	80	8	12

Intolerantes Auftreten, die Distanz zu Ausländern, selbst wenn sie in der DDR arbeiten, wird von der Mehrheit abgelehnt; aber die Zustimmungen, zum Teil auch die nicht eindeutige "Meinungslosigkeit" sollten nicht unterschätzt werden. Vor allem von Schülern und Lehrlingen vertreten bis zu einem Viertel Vorurteile gegenüber Ausländern.

Etwas eindeutiger ist die Ablehnung der Forderung nach Wiederherstellung des "Deutschen Reiches" in den Grenzen von 1937, offenbar in Erkenntnis der Tatsache, daß das neue Feindschaften und Kriegsgefahren heraufbeschwören kann. Aber auch hier ist fast ein Fünftel der Schüler und Lehrlinge bereit, sich mit diesen Forderungen zu identifizieren.

Weitere Abhängigkeiten bei der Ausländerfeindlichkeit sind gering; die Ablehnung solchen Auftretens ist ziemlich breit. Einzig diejenigen, die eventuell die Republikaner wählen würden, äußern sich häufiger intolerant, und umgekehrt, diejenigen, die sich für die PDS entscheiden würden, sprechen sich deutlich häufiger gegen solche Vorurteile aus.

Etwas anders sieht es bei der "Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937" aus. Hier gibt es mehr und deutlichere Zusammenhänge: Diejenigen, die für eine Wiedervereinigung sind, sind es auch häufiger in den Grenzen von 1937, und umgekehrt: Je stabiler die DDR-Identität ausgeprägt ist, desto entschiedener ist die Ablehnung! Auch die Wahlabsicht für die Republikaner schließt natürlich zu einem beachtlichen Teil die Forderung nach dem Deutschen Reich von 1937 ein. Auch hier spielt nur die Mitgliedschaft in der PDS und in der DBD für die Ablehnung eine Rolle, desgleichen das eventuelle Wahlverhalten: PDS-Wähler sprechen sich in großer Mehrheit dagegen aus, eventuelle Wähler der SPD, der LDJ und des Neuen Forums ebenfalls überdurchschnittlich. Demzufolge verwundert es auch nicht, wenn sich die Übergroße Mehrheit (91 %) gegen eine Kandidatur der Republikaner zu den Wahlen am 18. März 1990 ausspricht, sich jedoch die eben genannten Differenzierungen hier ebenfalls adäquat widerspiegeln. Zwischen Wählern überhaupt und Nichtwählern ergeben sich bei all diesen Fragestellungen keine aussagekräftigen Unterschiede.

B. Zugehörigkeit zu Parteien und neuen Bewegungen

Exakte Angaben über die Mitgliederzahlen der etablierten Parteien, der neuen Parteien und Bewegungen liegen zur Zeit nicht vor bzw. werden nur als "Ungefähr-Werte" mitgeteilt. Von daher können wir nur mit relativer Sicherheit sagen, daß die Repräsentanz der Mitglieder von Parteien und Bewegungen in unserer Studie ihrer tatsächlichen Repräsentanz in der Bevölkerung der DDR entspricht. Dafür spricht folgendes:

Die Mitgliederzahlen der kleinen Blockparteien wurden bisher künstlich begrenzt und bewegten sich zwischen 80 000 und 120 000 Mitgliedern. Das sind, bezogen auf die unserer Untersuchung zugrundeliegende Grundgesamtheit, jeweils etwa 1 Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre.

Letzte Angaben über die Mitgliedsstärke der PDS von Gregor Gysi (15. 2. 90) bezogen sich auf 700 000 Mitglieder. Das wären etwa knapp 6 Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre.

Davon ausgehend scheint unsere Stichprobe auch in bezug auf dieses Merkmal repräsentativ für die DDR-Bevölkerung zu sein.

Tab. 30: Mitgliedschaft in den Altparteien

"Gehören Sie einer der folgenden Parteien an?"

	CDU	DDR	SED-PDS	NDFD	DBD	keiner dieser Parteien
M 2	2	1	6	1	2	88
Arbeiter	2	1	3	1	2	91
Angestellte	2	2	7	2	1	86
Rentner	3	2	7	1	2	85
18 - 24 Jahre	2	1	3	0	2	92
25 - 34 Jahre	2	1	4	1	2	90
35 - 44 Jahre	2	1	6	2	1	88
45 - 54 Jahre	2	2	6	2	2	86
55 - 64 Jahre	2	0	7	1	4	86
65 Jahre u. älter	3	2	7	1	3	84
<u>ZIJ-Population:</u>						
Studenten	1	0	9	0	1	89
Lehrlinge	0	0	0	0	1	99

Während die CDU, die LDF und die NDPD offenbar in allen Altersgruppen etwa gleich stark repräsentiert sind, sind die (SED-)PDS und die DBD etwas stärker in den Altersgruppen über 35 Jahre vertreten. Als eine besondere Gruppe zeigen sich einmal mehr die Studenten, unter denen der Anteil von (SED-)PDS-Mitgliedern mit 9 Prozent überdurchschnittlich hoch ist.

Nicht uninteressant für die Wahlstatistik ist es, wie sich die potentiellen Wähler der Altparteien, bezogen auf ihre Parteimitgliedschaft, zusammensetzen.

Tab. 31: Mitgliedschaft in den Altparteien unter den potentiellen Wählern der Altparteien

	"Gehören Sie einer der folgenden Parteien an?"					
	CDU	LDF	SED-PDS	NDPD	DBD	keiner dieser Parteien
<u>Wähler von:</u>						
CDU	16	0	0	0	2	82
LDF	0	31	0	0	0	61
SED-PDS	1	1	42	0	1	55
NDPD	0	0	0	52	11	37
DBD	0	0	4	0	23	73

Danach setzen sich besonders die Wählerpotentiale von CDU und DBD aus Parteilosen bzw. Nichtmitgliedern der Altparteien zusammen. Hingegen müssen sich NDPD und SED-PDS vorrangig auf die eigenen Parteimitglieder stützen. Hier ist das Verhältnis von Parteimitgliedern zu Nichtmitgliedern unter den Wählern ungünstiger. Demgemäß hat von den Altparteien zur Zeit die CDU anteilmäßig den größten Zuspruch über die eigenen Reihen hinaus, die NDPD den geringsten.

Weitgehende Unklarheit besteht nach wie vor über die tatsächliche Mitgliedstärke der neuen Parteien und Bewegungen. In unserer ersten repräsentativen Untersuchung im November 1989 bekannten sich 2 Prozent der Befragten zu einer solchen Mitgliedschaft. Das entspräche, bezogen auf die Grundgesamtheit, etwa 250 000 Mitgliedern. In der Studie M 2 gaben nun 3 Prozent an, Mitglied solcher Parteien bzw. Bewegungen zu sein. Das ließe auf etwa 375 000 Mitglieder schließen. Diese Zahl erscheint uns jedoch,

auch angesichts der bisher bekannten Selbstangaben der neuen Parteien und Bewegungen, etwas zu hoch. Möglicherweise haben sich Sympathisanten als Mitglieder eingetragen. Andererseits kann man davon ausgehen, daß es sich hier um potentielle Mitglieder handelt.

Tab. 32: Mitgliedschaft in neuen Parteien/Bewegungen

"Gehören Sie einer neuen Partei/Bewegung an?"

	SPD	Neues Forum	Demokrat. Aufbruch	einer anderen	keiner
N 2	1	1	0	1	97
Arbeiter	1	2	0	1	96
Angestellte	1	1	0	1	97
Rentner	0	0	0	0	100
15 - 24 Jahre	2	2	0	0	96
25 - 34 Jahre	1	2	0	0	97
35 - 44 Jahre	2	1	0	1	96
45 - 54 Jahre	1	2	0	0	97
55 Jahre u. älter	0	0	1	1	98
<u>ZIJ-Population:</u>					
Schüler	0	0	0	1	99
Lehrlinge	1	0	1	1	97
Studenten	0	0	0	1	99

Nach diesen Angaben haben lediglich die SPD und das Neue Forum in der Bevölkerung eine größere Mitgliederbasis. Die Angabe 0 besagt im übrigen nicht, daß hier keine Mitglieder vertreten sind, sondern, daß die Mindestgröße von 0,5 Prozent, bezogen auf die jeweilige soziale oder Altersgruppe, nicht überschritten wurde.

Vor allem in den Altersgruppen bis 54 Jahre sind die neuen Parteien und Bewegungen offensichtlich präsent. Im Vergleich zur ersten repräsentativen Studie ist aber offenbar die Mitgliedschaft unter der lernenden Jugend, besonders im Neuen Forum, zurückgegangen. Das würde auch mit der zurückgegangenen Sympathie für diese politische Bewegung (vgl. auch die Wahlabsichten!) übereinstimmen.

Wie schon in der Untersuchung M 1 war auch diesmal festzustellen, daß die Mitglieder der neuen Parteien und Bewegungen vor allem aus dem Kreis der bisher Parteilosen, aber auch aus den Altparteien DBD, LDF und SED-PDS entstammen.

Anders als bei M 1 sind heute keine territorialen Unterschiede in der Verbreitung der neuen Parteien und Bewegungen mehr zu erkennen.

Sieht man sich auch hier die Zusammensetzung der potentiellen Wählerschaft an, so erhalten die neuen Bewegungen und Parteien ihren Zuspruch fast ausschließlich von Parteilosen. Sie, besonders die SPD, können sich auf ein großes Wählerpotential über die eigenen Mitglieder hinaus stützen.

Befragte, die "einer anderen" neuen Bewegung bzw. Partei angehören, gaben zusätzlich an, um welche es sich handelt. Genannt wurden die Grüne Partei, die unabhängige Frauenbewegung und der Studentenbund, jeweils von weniger als einem Prozent.

Schließlich ermittelten wir, ob Bürger bis zum Oktober 1989 aus einer Partei ausgetreten waren. Das betraf 10 Prozent der Befragten, wieder bezogen auf unsere Grundgesamtheit, also etwa 1,2 Millionen Bürger. Hauptsächlich waren sie aus der SED ausgetreten. Danach zu urteilen, hätte die SED schon zum Zeitpunkt der Wende Anfang Oktober 1989 nur noch maximal 1,2 Millionen Mitglieder gehabt (von ehemals etwa 2,2 Millionen).

Tab. 33: Austritt aus Parteien vor Oktober 1989

"Sind Sie vor Oktober 1989 aus einer Partei ausgetreten?"

	ja, aus der SED	ja, aus einer anderen Partei	nein
M 2	8	2	90
Arbeiter	8	2	90
Angestellte	9	1	90
Rentner	9	2	89
männlich	10	1	89
weiblich	5	2	93

Die Austrittsanteile differieren in den verschiedenen sozialen und Altersgruppen nur geringfügig. Unter den männlichen Befragten, besonders den Angestellten, sind sie in bezug auf die SED

etwas höher als unter den weiblichen.

Die ehemaligen Mitglieder der SED sind heute überwiegend parteilos (zu über 90 Prozent), knapp 40 Prozent von ihnen würden bei einer Volkskammerwahl der SPD, etwa 10 Prozent der CDU ihre Stimme geben. Lediglich knapp 4 Prozent würden heute die PDS wählen. (Zu berücksichtigen ist, daß der Austritt aus der SED, wie auch aus anderen Parteien, nicht erst im Jahr 1989 erfolgt sein muß; unsere Frage zielte darauf ab, alle zu ermitteln, die bis Oktober 1989 ausgetreten waren.)

9. Mitgliedschaft in Jugendorganisationen

Im Gegensatz zu dem in den letzten Monaten gewachsenen Interesse vieler Jugendlichen an Politik, insbesondere an der Entwicklung in der DDR infolge der Wende im Herbst 89, ist die Organisiertheit der Jugendlichen weiterhin stark rückläufig.

Anfang Februar war nur noch etwa ein Viertel der Jugendlichen Mitglied einer Jugendorganisation. Ende November waren es immerhin noch etwa drei Viertel.

Dieser Rückgang umfaßt alle sozialen Gruppen der Jugendlichen. So waren von den Schülern, den Lehrlingen und den Studenten Ende November noch über 90 Prozent organisiert, Anfang Februar waren es bei den Schülern und Lehrlingen nur noch etwa die Hälfte und bei den Studenten lediglich ein Drittel. Bei den jungen Arbeitern und bei den Angestellten ging die Organisiertheit von November 89 mit 55 bzw. 65 Prozent bis Anfang 1990 auf 20 bzw. 17 Prozent zurück.

Tab. 34: Organisiertheit der Jugendlichen (nur unter 25jährige)

	<u>Mitglied einer Jugendorganisation</u>
Gesamt	26
männlich	25
weiblich	27
Schüler	56
Lehrlinge	48
Studenten	33
Arbeiter	20
Angestellte	17

Nahezu alle (96 Prozent) der organisierten Jugendlichen sind Mitglied der Freien Deutschen Jugend. 2 Prozent sind Mitglied der GDJ, je 1 Prozent Mitglied des Revolutionären autonomen Jugendverbandes sowie der Jungen Sozialdemokraten. Weiterhin wurden genannt: Junge Linke (3 Schüler), Julia (1 Schüler), der Studentebund (2 Studenten) und der Studentenrat (2 Studenten).

Mitglieder der neuen politischen Jugendorganisationen sind vor allem Schüler und Lehrlinge. Das betrifft insbesondere den Revolutionären autonomen Jugendverband, die Jungen Linken und die Jungen Sozialdemokraten.

Die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft wurde von 4 Prozent (überwiegend Schüler), die Gesellschaft für Sport und Technik von 2 Prozent und der DTSB von 1 Prozent der meist einer politischen Organisation zugehörigen Jugendlichen genannt.

Ursachen für den starken Rückgang sind der Zusammenbruch und die zunehmende Wirkungslosigkeit des alten stalinistischen Systems der Zwangsorganisiertheit.

Es ist aber auch in nächster Zeit noch ein weiterer Rückgang zu erwarten, zumal selbst die derzeitigen Ergebnisse im internationalen Vergleich noch außerordentlich hoch sind. So sind z. B. in der BRD lediglich ca. 3 Prozent der Jugendlichen Mitglied einer politischen Jugendorganisation.¹

Die nach wie vor als hoch einzuschätzende Organisiertheit der Jugendlichen der DDR ist neben dem bereits genannten gewachsenen Interesse an Politik und dem Bestreben, sich in den Prozeß der Wende entsprechend einbringen zu wollen, vor allem auf noch bestehende Gewohnheiten und zum Teil auch Zwänge zurückzuführen.

So vermerkten etwa ein Viertel (23 Prozent) der in der FDJ organisierten Schüler und 11 Prozent der Lehrlinge, daß sie noch Mitglied dieser Jugendorganisation sind bzw. sie ihre Mitgliedschaft mit Abschluß der Ausbildung oder eines Ausbildungsabschnittes beenden werden. Bei den Arbeitern und Angestellten beträgt der Anteil der Noch-FDJler 6 Prozent und bei den Studenten 4 Prozent der Mitglieder.

Die Mitglieder der FDJ sind in der überwiegenden Mehrzahl (zwei Drittel) für die Entwicklung eines besseren, reformierten Sozialismus in der DDR, ein Drittel von ihnen ist gegen eine Vereini-

¹ Zur Beteiligung junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in Jugendorganisationen, EMBID-INSTITUT GMBH Ca., Bielefeld 1, 1. Oktober 1987, S. 56

gung mit der BRD, und 88 Prozent wollen auch in Zukunft in der DDR bleiben.

Die geringe Anzahl der in die Untersuchung einbezogenen Mitglieder der neuen Jugendorganisationen und -bewegungen aufgrund der niedrigen Mitgliederzahlen erlaubt keine differenzierte statistisch gesicherte Auswertung. Deutlich wird insgesamt, daß sich diese Jugendlichen von vornherein an den politischen Zielen und Programmen der entsprechenden Parteien und Bewegungen orientieren. So sind die 11 Mitglieder der CDJ in der überwiegenden Mehrzahl (8) für einen kapitalistischen Weg der DDR und für die Vereinigung mit der BRD (10), wogegen die 7 Mitglieder des Revolutionären autonomen Jugendverbandes ausnahmslos für den sozialistischen Weg eintreten und eine Vereinigung mit der BRD entschieden ablehnen. Das gilt auch für die 3 Mitglieder der Jungen Linken. Nicht so einheitlich sind dagegen die Ansichten bei den 5 in der Untersuchung erfaßten Mitgliedern der Jungen Sozialdemokraten.

Die Organisiertheit der weiblichen Jugendlichen unterscheidet sich ebensowenig von der der männlichen Jugendlichen wie es auch in territorialer Hinsicht zwischen den Jugendlichen aus Dörfern, Klein- oder Großstädten keine nennenswerten Unterschiede gibt.

A n h a n g10. Einstellung zu Parteien und Politikern der BRD

Aus der Sicht einer künftig auch politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten muß interessieren, wie DDR-Bürger das politische System der Bundesrepublik einschätzen. Ein wichtiger Aspekt ist, welche der dort etablierten Parteien von DDR-Bürgern favorisiert bzw. abgelehnt wird, darüber hinaus, welcher Partei man am ehesten zutraut, eine auch für die DDR fruchtbare Politik zu entwickeln.

Tab. 35: Sympathie für BRD-Parteien

"Wie ist Ihre Meinung über die Parteien der Bundesrepublik? Welche Partei ist Ihnen da am sympathischsten?"

	CDU/ CSU	SPD	F.D.P.	Grüne	Repu- blika- ner	eine an- dere	keine dieser Parteien	Das weiß ich nich
<u>M 2</u>	18	63	3	4	0	0	4	8
Arbeiter	18	62	4	4	0	1	4	7
Angestellte	13	69	3	5	0	0	4	6
Rentner	20	58	2	2	0	0	4	14
männlich	17	65	3	5	1	0	4	5
weiblich	17	60	3	4	0	0	4	12
15-24 Jahre	16	53	5	9	1	1	6	9
25-34 Jahre	16	63	2	4	0	0	7	8
35-44 Jahre	14	67	4	5	1	1	2	6
45-54 Jahre	18	67	2	3	0	0	2	8
55-64 Jahre	15	69	2	3	0	0	5	6
65 Jahre u. älter	22	56	3	2	0	0	3	14
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>								
sehr dafür	29	59	3	2	1	0	1	5
eher dafür	11	69	4	5	0	0	3	8
eher dage- gen	7	61	2	5	0	1	8	16
sehr dage- gen	1	46	0	13	0	4	20	16

Fortsetzung s. S. 49

Fortsetzung Tab. 35:

	CDU/ CSU	SPD	F.D.P.	Grüne	Repu- bli- kaner	eine andere	keine dieser Parteien	Das wei- ch nic
<u>Wähler von:</u>								
CDU	74	19	1	1	1	0	0	4
LDL	15	38	36	3	0	0	3	5
FDS	2	64	1	10	0	2	15	6
NDFD	11	62	11	0	0	0	0	16
DBD	4	59	2	8	0	0	4	23
SPD	7	86	1	2	0	0	1	3
Neues Forum	24	34	12	15	0	0	6	9
Grüne Partei	4	51	0	30	4	0	4	7
<u>ZIJ-Popu- lation:</u>								
Schüler	16	37	1	11	5	1	4	25
Lehrlinge	16	52	2	7	2	1	4	16
Studenten	10	54	3	18	0	0	8	7

Nach diesen Ergebnissen besitzt die SPD der BRD in allen großen sozialen sowie in allen Altersgruppen einen deutlichen Sympathievorsprung vor allen anderen Parteien. Relativ weit abgeschlagen folgt die CDU/CSU, noch weiter zurück Grüne und F.D.P. Die Republikaner der BRD werden kaum angeführt, lediglich von einigen Schülern und Lehrlingen sowie wenigen Bürgern zwischen 35 und 44 Jahren genannt.

Diese Ergebnisse müssen vorsichtig interpretiert werden. So können DDR-Bürger nur in sehr geringem Maße eigene Erfahrungswerte in diese Bewertung mit einbringen. Ihre Urteile sind überwiegend durch mediale Vermittlungen sowie die bis zur Wende betriebene Propaganda in der DDR gestützt. Diese war insgesamt negativer auf die CDU/CSU ausgerichtet. Darüber hinaus messen DDR-Bürger die BRD-Parteien vornehmlich an ihren außenpolitischen Aktivitäten. Für viele ist damit die SPD positiv mit erfolgreicher Ostpolitik, die CDU/CSU dagegen mit Nachrüstung und Raketen-Stationierung verbunden. Schließlich besitzt die SPD auf dem Gebiet der heutigen DDR starke Traditionen, die von der neuen DDR-SPD wieder aufgegriffen werden. Von Bedeutung kann schließlich auch sein,

daß West- und Ost-SPD nach der Wende relativ schnell zusammenfanden, während CDU und CSU erst nach Jahreswechsel ihre Partner in der DDR "fanden". So ist möglicherweise die Wende überhaupt für viele DDR-Bürger stärker mit der West-SPD verbunden als mit CDU/CSU.

Einige differenzierende Anmerkungen.

Betrachtet man die Altersgruppen, so fällt erwartungsgemäß auf, daß Schüler und Lehrlinge zu größeren Teilen mit dieser Frage überfordert sind. Im Vergleich zu Arbeitern und Angestellten ist das Sympathie-Votum der lernenden Jugend für die SPD etwas geringer, dafür aber für die Grünen deutlich höher. Dennoch ist auch mehr als der Hälfte der Lehrlinge und Studenten die SPD die sympathischste Partei der Bundesrepublik.

Das höchste Votum erhält die West-SPD von Berufstätigen im Alter zwischen 35 und 64 Jahren, häufiger von Angestellten als von Arbeitern. Die CDU hat die größten Sympathien bei Bürgern im Rentenalter. Die Grünen erhalten Zuspruch vor allem von jungen DDR-Bürgern, ohne hier jedoch von mehr als 20 Prozent genannt zu werden.

Interessant ist auch ein Blick auf die Sympathiebekundungen in Abhängigkeit von der Wahlabsicht in der DDR. Nicht unerwartet ist den (DDR-)CDU-Wählern die CDU/CSU, den (DDR-)SPD-Wählern die SPD der BRD am sympathischsten. Überwiegend der SPD bringen aber auch die potentiellen Wähler von PDS, NDFD, DBD und Grüner Partei ihre Sympathie entgegen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Wähler der Grünen Partei der BRD-SPD offenbar näher stehen als den Grünen.

Die LDF-Wähler fühlen sich zu einem guten Drittel mit der F.D.P. der Bundesrepublik verbunden.

Deutlich von allen anderen Wähler-Gruppen weichen die potentiellen Wähler des Neuen Forums ab. Im Vergleich zu den Wähler-Potentialen der anderen Parteien bekunden sie weniger Sympathie für die SPD, dafür mehr für die CDU/CSU und nennen darüber hinaus relativ häufig auch F.D.P. und Grüne. Das kann darin begründet sein, daß die Bürgerbewegung von Beginn an offen für alle politischen Schattierungen (mit Ausnahme der Republikaner und Rechtsextremer überhaupt) war. Diese interessante Sympathie-Verteilung ist allerdings auch ein Indiz für die nach wie vor bestehenden differenzierten politischen Ansichten unter

den potentiellen Wählern des Forums (und möglicherweise auch unter den Mitgliedern der Bürgerbewegung selbst).

Ein Zusammenhang besteht schließlich auch zwischen den Vorstellungen über die deutsche Einheit und den Sympathiebekundungen für einzelne BRD-Parteien. Für die West-SPD trifft das allerdings nicht zu. Nicht ganz unerwartet kommt der starke Anteil an CDU/CSU-Sympathisanten unter denjenigen, die eine Vereinigung beider deutscher Staaten sehr befürworten. Bei den Gegnern einer Vereinigung hingegen bestehen kaum Sympathien für die CDU/CSU, dafür mehr für die Grünen. Die Vertreter dieser Gruppe lassen außerdem häufig erkennen, daß sie keiner BRD-Partei ihre Sympathie entgegenbringen. Von den Vereinigungs-Gegnern erhält auch die West-SPD weniger Zuspruch.

Ausgehend von diesen Ergebnissen konnte erwartet werden, daß die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung gegenwärtig eine SPD-Regierung einer CDU/CSU-Regierung in Bonn vorziehen würde.

Tab. 36: Von DDR-Bürgern gewünschte Bundesregierung
Wer sollte Ihrem Wunsche nach in Bonn regieren?

	eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung	eine von der SPD geführte Bundesregierung
M 2	23	77
Arbeiter	23	77
Angestellte	19	81
Rentner	27	73
15 - 24 Jahre	25	75
25 - 34 Jahre	20	80
35 - 44 Jahre	20	80
45 - 54 Jahre	24	76
55 - 64 Jahre	19	81
65 Jahre u. älter	30	70
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>		
sehr dafür	36	64
eher dafür	17	83
eher dagegen	11	89
sehr dagegen	5	95
<u>Wähler von:</u>		
CDU	81	19
LDI	37	63
FDS	3	97
NDFD	28	72
DBD	14	86
SPD	9	91
Neues Forum	36	64
Grüne Partei	19	81
<u>ZIJ-Population:</u>		
Schüler	36	64
Lehrlinge	26	74
Studenten	16	84

Ein ähnliches Bild wie im Falle der Sympathie-Verteilungen. Zur Entscheidung zwischen den beiden großen Parteien in der BRD gezwungen, sprechen sich drei Viertel für eine von der SPD geführte Regierung in Bonn aus. Die unterschiedlichen sozialen und Altersgruppen weichen nicht wesentlich von diesem Urteil der Gesamtgruppe ab, sieht man einmal von dem etwas stärkeren CDU/CSU-Votum der Schüler und Rentner sowie dem besonders starken SPD-Votum der Studenten ab. Auch hier wird deutlich, daß in der DDR die beträchtlichen SPD-Traditionen und die langjährige Propaganda gegen konservatives Denken (das viele mit der CDU/CSU assoziieren) nachwirken.

Deutlich wird wieder der Zusammenhang zwischen geäußelter Wahlabsicht und Wunschregierung in Bonn. Die CDU-Wähler wünschen sich mehrheitlich die große "Schwesterpartei" in Bonn am Regierungsruder, alle anderen Wählergruppen entscheiden sich mehrheitlich für die SPD, am häufigsten die Wähler von FDS und DDR-SPD. Häufiger als im Schnitt für eine CDU/CSU-Regierung, aber immer noch mehrheitlich für eine SPD-Regierung entscheiden sich die Wähler der LDPD und des Neuen Forums.

Schließlich sprechen sich Bürger, die sehr für die Vereinigung beider deutscher Staaten stimmen, etwas häufiger als im Durchschnitt für eine CDU/CSU-Regierung aus.

Eng im Zusammenhang mit der eben erörterten Frage steht die nach jener Partei in der Bundesrepublik, die nach Meinung der DDR-Bevölkerung am ehesten geeignet ist, eine fruchtbare Politik gegenüber der DDR und ihren Bürgern zu führen. Nicht mehr überraschend kommt die auch hier überwiegende Entscheidung für die SPD. Erneut geben drei Viertel der DDR-Bürger für diese Partei ihr Votum. Die Hauptgründe für diese Entscheidung dürften jene sein, die wir auch schon im Fall der Sympathie-Verteilung für die BRD-Parteien angeführt hatten. Die CDU/CSU folgt mit erheblichem Rückstand in der Gunst der DDR-Bevölkerung.

Tab. 37: Ansichten über die Partei in Bonn, die am besten geeignet ist, eine richtige DDR-Politik zu machen

Durch die neue Entwicklung in der DDR bekommt die Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR eine ganz neue Bedeutung. Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, die richtige Politik gegenüber der DDR und ihren Bürgern zu entwickeln?

	CDU/CSU	SPD	F.D.P.	Grüne	Republi- kaner
<u>M 2</u>	20	75	2	3	0
Arbeiter	21	73	3	3	0
Angestellte	15	78	3	4	0
Rentner	23	73	2	2	0
15 - 24 Jahre	21	70	2	6	1
25 - 34 Jahre	16	77	3	4	0
35 - 44 Jahre	18	75	3	4	0
45 - 54 Jahre	21	76	1	2	0
55 - 64 Jahre	18	78	2	2	0
65 Jahre u. älter	24	71	3	2	0
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>					
sehr dafür	31	64	3	2	0
eher dafür	14	80	3	3	0
eher dagegen	8	87	1	4	0
sehr dagegen	2	85	0	13	0
<u>Wähler von:</u>					
CDU	80	18	1	1	0
LDP	23	49	28	0	0
FDS	2	88	2	8	0
NDFD	6	88	6	0	0
DBD	18	75	2	5	0
SPD	7	92	0	1	0
Neues Forum	31	54	6	9	0
Grüne Partei	7	61	0	32	0

Wie schon im Fall der Sympathie-Verteilung und der gewünschten Regierung in Bonn zeigt sich, daß die sozialen und Altersgruppen sich in ihren Urteilen nur geringfügig unterscheiden. Wiederum erhält die CDU/CSU einige Prozente mehr in jener Gruppe,

die sich sehr für eine Vereinigung beider deutscher Staaten ausspricht. Und erneut entscheiden sich potentielle CDU-Wähler (Ost) überwiegend auch für die CDU (West), während alle anderen Parteien mehr oder weniger für die SPD plädieren.

11. Einstellung zu europäischen Politikern

Da die Vereinigung beider deutscher Staaten nur im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Hauses denkbar ist, interessiert auch, welche Rolle die DDR-Bürger einigen führenden Politikern europäischer Länder in Zukunft beimessen.

Tab. 38: Einstellung zu europäischen Politikern

Im folgenden sind die Namen einiger Politiker aufgeführt. Würden Sie bitte für jeden Politiker angeben, ob Sie ihm für die Zukunft eine wichtige politische Rolle in Europa wünschen oder nicht, oder ob Sie ihn nicht kennen!

	Wichtige politische Rolle:		
	ja	nein	ist mir unbekannt
<u>Bundeskanzler</u> <u>Helmut Kohl</u>			
<u>A 2</u>	55	44	1
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>			
sehr dafür	75	25	0
eher dafür	50	50	0
eher dagegen	30	68	2
sehr dagegen	19	81	0
<u>Wähler von:</u>			
CDU	88	12	0
LDP	63	37	0
PDS	17	82	1
NDFD	74	26	0
DBD	59	41	0
SPD	57	42	1
Neues Forum	60	40	0
Grüne Partei	25	75	0

Fortsetzung s. S. 56

Fortsetzung Tab. 38:

	Wichtige politische Rolle:		
	ja	nein	ist mir unbekannt
<u>ZIJ-Population</u>			
Schüler	62	38	0
Lehrlinge	51	48	1
Studenten	28	71	1
<u>der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft Jacques Delors</u>			
<u>M 2</u>	29	12	59
<u>Wähler von:</u>			
CDU	37	7	56
LDF	54	5	41
FDS	22	21	57
NDFD	63	5	32
DBD	11	20	69
SFD	34	9	57
Neues Forum	21	21	58
Grüne Partei	29	14	57
<u>ZIJ-Population</u>			
Schüler	21	10	69
Lehrlinge	26	9	65
Studenten	40	11	49
<u>der französische Staatspräsident Francois Mitterand</u>			
<u>M 2</u>	59	33	8
<u>Wähler von:</u>			
CDU	52	37	11
LDF	65	30	5
FDS	68	28	4
NDFD	57	32	11
DBD	57	27	16
SFD	63	32	5
Neues Forum	68	29	3
Grüne Partei	53	43	4

Fortsetzung s. S. 57

Fortsetzung Tab. 38:

	Wichtige politische Rolle:		
	ja	nein	ist mir unbekannt
<u>ZIJ-Population</u>			
Schüler	53	37	10
Lehrlinge	45	47	8
Studenten	69	29	2
<u>der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow</u>			
<u>M 2</u>	92	7	1
<u>Wähler von:</u>			
CDU	92	8	0
LDI	92	8	0
FDS	95	5	0
NDPD	90	5	5
DBD	91	9	0
SFD	93	6	1
Neues Forum	97	3	0
Grüne Partei	93	7	0
<u>ZIJ-Population</u>			
Schüler	85	15	0
Lehrlinge	90	10	0
Studenten	94	6	0

Unter den vier vorgegebenen Politikern genießt ganz eindeutig Michail Gorbatschow das größte Vertrauen bei der DDR-Bevölkerung. Das Urteil der sozialen und Altersgruppen ist höchst einheitlich, sieht man einmal von dem leicht abweichenden Ergebnis bei den Schülern ab. Auch die unterschiedlichen Wähler-Gruppen wünschen in großer Mehrheit übereinstimmend dem sowjetischen Generalsekretär für die Zukunft eine wichtige politische Rolle in Europa. Interessant ist auch, daß zu einem solchen Urteil sowohl jene gelangen, die künftig in der DDR bleiben wollen, als auch jene, die mit Sicherheit ausreisen wollen. Auch die Befragten, die für die DDR einen kapitalistischen Entwicklungsweg wünschen, oder jene, die die Republikaner gewählt hätten, machen

keine Ausnahme (92 Prozent ja). Gorbatschows Integrität wird offensichtlich weder von Links noch von Rechts in Frage gestellt.

Mit erheblichem Abstand folgen der französische Präsident Francois Mitterand und Bundeskanzler Helmut Kohl. Während jedoch Mitterand von allen sozialen und Altersgruppen (bis auf die Lehrlinge), ebenso von allen Wähler-Gruppen mehrheitlich eine wichtige politische Rolle beigemessen wird, erhält Kohl in sehr differenzierter Weise sowohl Zustimmung als auch Ablehnung. Ganz eindeutig wird er von jenen favorisiert, die sehr für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten eintreten; eindeutig abgelehnt hingegen von den Gegnern der Vereinigung. Damit ist auch der Schlüssel zum Verständnis der Entscheidung der Wähler-Gruppen gegeben: Wähler von Parteien, die konsequent die Vereinigung anstreben (z. B. CDU, LDP, NDFD), wünschen Kohl häufiger eine wichtige Rolle als jene von Parteien, die eine Vereinigung ablehnen oder aber zumindest hinauszögern wollen (EDS, Grüne Partei). Die SPD-Wähler spielen hier eine besondere Rolle. Sie lehnen Kohl wahrscheinlich häufiger ab, weil er führender Repräsentant einer Partei ist, die einen möglichen Wahlgegner unterstützt (Allianz für Deutschland). Die unterschiedlichen Positionen werden auch in der lernenden Jugend deutlich. Während Schüler und Lehrlinge etwa im Schnitt der Gesamtbevölkerung liegen, sehen deutlich weniger Studenten in Kohl einen führenden Politiker Europas. (Studenten lehnten bereits zu besonders hohen Anteilen eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung ab.)

Der EG-Politiker Jaques Delors, bekannt geworden durch seine positive Haltung zu einer möglichen Einbindung der DDR, wird nur von einem knappen Drittel der DDR-Bürger unterstützt. Besonders unter den jungen Leuten ist er überwiegend nicht bekannt. Häufiger wünschen ihm eine wichtige politische Rolle in Europa die potentiellen Wähler der konservativen und liberalen Parteien.

12. Einstellung zum Sozialismus und zu den Reformen in der DDRTab. 39: Einstellung zur Idee eines freiheitlichen Sozialismus

"Wie stehen Sie zur Idee eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus?"

	Davon halte ich			
	sehr viel	ziemlich viel	wenig	überhaupt nichts
<u>M 2</u>	18	30	35	17
Arbeiter	14	29	38	19
Angestellte	18	30	36	16
Rentner	24	29	30	17
<u>Verbleib in der DDR:</u>				
auf jeden Fall bleiben	22	34	31	13
wahrscheinlich bleiben	10	24	43	23
wahrscheinlich ausreisen	9	14	41	36
für reformierten Sozialismus	29	46	22	3
für kapitalistischen Weg	3	6	51	40
für anderen Weg	7	21	49	23
<u>Wähler von:</u>				
CDU	5	13	44	38
LDL	10	28	38	23
Grüne Partei	11	39	43	7
Neues Forum	14	55	20	11
SPD	14	28	41	17
DBD	15	40	36	9
IDS	57	34	9	0
<u>ZIJ-Topulation:</u>				
Schüler	14	39	36	11
Studenten	24	35	29	12
Lehrlinge	13	36	38	13

EMNID/FG Wahlen Mannheim / AdW der DDR im Dezember 1989
mit etwas anderem Fragetext, aber identischem Antwortmodell:

Wie stehen Sie grundsätzlich zur Idee des Sozialismus?
Halten Sie sehr viel, ziemlich viel, wenig oder
überhaupt nichts davon?

	sehr viel	ziemlich viel	wenig	überhaupt nichts
DDR-Bevölkerung ges.	26	45	24	5

Die knappe Hälfte der DDR-Bevölkerung hält sehr viel oder ziemlich viel von der Idee eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. Überdurchschnittlich viele Zustimmungen sind bei den Rentnern ablesbar, während bei den Arbeitern der Anteil der Zustimmungen unter dem Durchschnitt liegt. Von den Bürgern, die auf jeden Fall in der DDR bleiben wollen, äußern sich 56 Prozent positiv. Sympathisanten der CDU, der LFD und der SPD äußern sich mehrheitlich ablehnend, der DBD und insbesondere der FDS überwiegend zustimmend. 53 Prozent der Schüler und 59 Prozent der Studenten äußern positive Einstellungen.

Der Vergleich mit einer ähnlich formulierten Frage, die im Dezember im Auftrage des Spiegel und des ZDF gestellt wurde, läßt darauf schließen, daß die "Idee des Sozialismus" seitdem weiter erheblich an Anziehungskraft verloren hat.

Tab. 40: Bewertung des Tempos der politischen Reformen in der DDR

"Wenn Sie an die politischen Reformen in der DDR denken, geht Ihnen das eher zu schnell, eher zu langsam oder gerade richtig?"

	zu schnell	zu langsam	genau richtig	Das weiß ich nicht
<u>M 2</u>	12	63	12	13
Arbeiter	11	70	8	11
Angestellte	13	67	10	10
Rentner	15	46	20	19
<u>Verbleib in der DDR:</u>				
auf jeden Fall bleiben	15	67	14	14
wahrscheinlich bleiben	7	75	8	10
wahrscheinlich ausreisen	10	76	4	10
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>				
sehr dafür	6	76	11	7
eher dafür	12	59	13	16
eher dagegen	22	49	9	20
sehr dagegen	34	38	17	11

Fortsetzung s. S. 61

Fortsetzung Tab. 40:

	zu schnell	zu langsam	genau richtig	Das weiß ich nicht
<u>Wähler von:</u>				
CDU	6	73	12	9
Neues Forum	8	70	8	14
SPD	10	70	12	8
DBD	11	55	19	15
Grüne Partei	14	68	0	18
LDP	18	64	13	5
PDS	35	30	20	15
<u>ZIJ-Population</u>				
Schüler	6	63	13	18
Studenten	15	58	9	18
Lehrlinge	8	64	12	16
EMNID/PG Wahlen Mannheim/ AdW der DDR Dezember 1989	18	59	22	1

Die überwiegende Mehrheit der Bürger meint, daß die Reformen zu langsam vorankommen. Das gilt mit Ausnahme der Rentner bzw. der älteren Bürger für alle sozialen bzw. Altersgruppen. Befragte, die sich gegen eine Vereinigung von DDR und BRD aussprechen, äußern überdurchschnittlich häufig, daß die Reformen ihnen zu schnell gehen. Dasselbe gilt für die Sympathisanten der PDS, von denen allerdings auch 30 Prozent meinen, die Reformen gehen ihnen zu langsam.

Im Vergleich zum Dezember 1989 ist offenbar der Anteil derer zurückgegangen, die das Tempo der Reformen als richtig einschätzen; andererseits ist der Anteil derer größer geworden, die das nicht einzuschätzen vermögen.

Tab. 41: Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven der DDR

"Meinen Sie, daß die DDR aufgrund der eingeleiteten Veränderungen wirtschaftliche Zukunftsperspektiven hat, so daß sich der Abstand im Lebensstandard zur Bundesrepublik in absehbarer Zeit deutlich verringern wird?"

	ja, bestimmt	ja, vielleicht	nein, bestimmt nicht
<u>N 2</u>	18	56	26
Arbeiter	17	56	27
Angestellte	17	53	30
Rentner	17	63	20
<u>Verbleib in der DDR:</u>			
auf jeden Fall bleiben	21	58	21
wahrscheinlich bleiben	14	51	35
wahrscheinlich ausreisen	7	51	42
<u>Zukunftsaussicht:</u>			
optimistisch	27	49	24
eher optimistisch	19	58	23
eher pessimistisch	11	59	30
pessimistisch	11	53	36
<u>ZIJ-Population</u>			
Schüler	20	58	22
Studenten	18	53	29
Lehrlinge	17	59	24

Nur knapp 20 Prozent gehen davon aus, daß sich der Abstand im Lebensstandard bestimmt deutlich verringern wird; die meisten meinen, daß dies vielleicht der Fall sein wird.

Der Zusammenhang mit der persönlichen Zukunftssicht und den Absichten zum Verbleib in der DDR ist erkennbar. Wir stellen ihn nochmals aus der umgekehrten Blickrichtung dar:

Tab. 42: Zusammenhang zwischen erwarteter Entwicklung des Lebensstandards einerseits und Absicht zum Verbleib in der DDR bzw. Zukunftsoptimismus andererseits

Erwartung, daß sich der Ab- stand zur BRD verringern wird	Verbleib in der DDR:			
	auf jeden Fall bleiben	wahr- scheinl. bleiben	wahr- scheinl. aus- reisen	auf je- den Fall aus- reisen
ja, bestimmt	73	25	2	0
ja, vielleicht	66	30	4	0
nein, bestimmt nicht	49	43	6	2

	Zukunftssicht:			
	opti- mistisch	eher opti- mistisch	eher pessi- mistisch	pessi- mistisch
ja, bestimmt	35	41	19	5
ja, vielleicht	20	40	32	8
nein, bestimmt nicht	21	33	34	12

Von den Befragten, die keine positiven wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven sehen, wollen nur 49 Prozent auf jeden Fall in der DDR bleiben; 8 Prozent tragen sich mit Ausreiseplänen!

Tab. 43: Einstellung zur Wiedereinführung der Länderstrukturen

Die DDR ist ja in 15 Bezirke aufgeteilt. Sollte man diese politisch gezogenen Abgrenzungen abschaffen und wieder zu den alten Aufteilungen in Länder wie Sachsen, Thüringen, Mecklenburg zurückkehren oder sollte man bei den Bezirken bleiben?

	wieder zu den alten Aufteilungen zurückkehren	die Bezirke von heute beibehalten
<u>M 2</u>	76	24
<u>Identität als DDR Bürger:</u>		
uneingeschränkt	65	35
eingeschränkt	86	14
kaum	91	9
nicht	97	3
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>		
sehr dafür	91	9
eher dafür	74	26
eher dagegen	56	44
sehr dagegen	42	58

Fortsetzung s. S. 64

Fortsetzung Tab. 43:

	wieder zu den alten Aufteilungen zurückkehren	die Bezirke von heute beibehalten
<u>ZIJ-Population</u>		
Schüler	73	27
Studenten	81	19
Lehrlinge	80	20

Die übergroße Mehrheit plädiert dafür, die früheren Länderstrukturen wieder einzuführen. Lediglich von jenen Befragten, die sehr gegen eine Vereinigung beider deutscher Staaten sind, äußern sich die meisten dagegen. Auch Befragte, die sich uneingeschränkt als DDR-Bürger fühlen, sind mehrheitlich für eine Rückkehr zu den Länderstrukturen. Dasselbe trifft für die Jugendlichen zu, die die früheren Strukturen nur aus dem Lehrbuch kennen.

13. Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR und der BRD

Es ist immer problematisch, Vergleiche von Lebensbedingungen in verschiedenen Staaten von Bürgern anstellen zu lassen, die eigentlich aus eigener Erfahrung nur jene in dem Staat kennen, in dem sie aufgewachsen sind. Nun kann man sicher davon ausgehen, daß im Frühjahr 1990 bereits fast jeder DDR-Bürger ein oder mehrere Male die Bundesrepublik besucht hat. Dennoch dürfte das Bild von den westlichen Lebensbedingungen immer noch wesentlich durch mediale Vermittlung und die in der DDR bis zur Wende betriebene Propaganda bestimmt sein. Man denke nur an die einseitige Hervorhebung der in der DDR gebotenen Sozialleistungen und die gleichzeitige (unberechtigte) totale Diskreditierung des sozialen Netzes in der Bundesrepublik, an die ständige Betonung der besseren Versorgung mit Wohnraum oder Leistungen des Gesundheitswesens in der DDR oder die als deutlich günstiger hingestellten Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche.

Mögliche Kenntnis- und Erfahrungsdefizite müssen also beachtet werden, will man die Ergebnisse eines solchen Vergleichs von Lebensbedingungen interpretieren.

In der repräsentativen Februar-Untersuchung wurden die Befragten aufgefordert zu entscheiden, inwieweit 12 konkrete Lebensbedingungen in der DDR oder aber in der BRD günstiger entwickelt seien.

Zunächst zu einigen Aspekten, die gewissermaßen übergreifend für die gesamte Lebensweise der Menschen von Bedeutung sind.

So waren 57 Prozent der DDR-Bürger der Überzeugung, daß wirtschaftliche und soziale Sicherheit eher in der DDR als in der BRD gegeben sei. Die 15- bis 24jährigen meinten das sogar zu 61 Prozent. Dahinter steht sicher das Wissen um gesicherte Ausbildungsmöglichkeiten und die bisherige Garantie des Arbeitsplatzes, auch unabhängig vom Erreichen bestimmter Leistungsnormative. Unterhalb eines (sicher streitbaren) Existenzminimums mußte wohl kein Bürger der DDR leben. Entfaltungsmöglichkeiten waren zwar eingeengt, aber ein sogenanntes normales, durchschnittliches Lebensniveau konnte man durchaus anstreben und erreichen. Die hoch geschätzten sozialen Leistungen des Staates und die bis in das Frühjahr 1990 betriebene Subventionspolitik erweckten den Eindruck, daß im realen Sozialismus der DDR tatsächlich das Wohl der Menschen im Mittelpunkt stände. Hingegen mußte durch die DDR-offizielle Propaganda der Eindruck entstehen, daß für nicht Leistungsfähige und Ältere in der BRD kein Platz sei und Arbeitslosigkeit ein gängiges Thema in bundesdeutschen Haushalten sei.

Vorteile für die BRD im Bereich wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit sahen 21 Prozent der befragten DDR-Bürger, über 45jährige zu 25 Prozent. Nicht uninteressant ist sicherlich, daß jene DDR-Bürger, die sich sehr für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten aussprachen, schon ganz anders urteilten. Von ihnen sahen nur noch 39 Prozent die DDR auf diesem Gebiet im Vorteil, bereits 35 Prozent die Bundesrepublik. Schließlich noch dies: In den potentiellen Wählergruppen aller in der DDR für die Wahlen zugelassenen Parteien und Vereinigungen billigte man allgemein der DDR im Bereich wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit gegenüber der BRD einen Vorsprung zu. Eine Ausnahme machten jedoch die Wähler der "Allianz für Deutschland", unter denen sich die Meinungen teilten.

Tab. 44: Lebensbedingungen in DDR und BRD im Vergleich aus der Sicht der DDR-Bevölkerung (Februar 1990)

1. Übergreifende Lebensbedingungen (Angaben in %)

	trifft eher für die DDR zu	trifft eher für die BRD zu	kein Unter- schied	Das weiß ich nicht
wirtschaftliche und soziale Sicherheit für die Bürger	57	21	12	10
Schutz der Umwelt	2	82	9	7
Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander	55	12	21	12

Vorteile für die DDR-Gesellschaft wurden von den meisten DDR-Bürgern auch im Bereich der Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander gesehen. Die stärkere Ausprägung der "Solidarität im Kleinen" in der DDR-Bevölkerung wird mitunter auch von offizieller bundesdeutscher Seite eingeräumt. Hier könnte ein Grundwert zu finden sein, den die DDR im Vereinigungsprozeß in eine zwischenmenschliche Kultur des gemeinsamen Deutschland einbringen sollte.

Eine klare Überlegenheit hingegen für die Bundesrepublik sahen im Grunde alle DDR-Bürger in bezug auf den Schutz der Umwelt. Dieses Ergebnis kommt nun wahrlich nicht überraschend. Gelang es bis zur Wende noch, durch gezielte Propaganda (von Halbwahrheiten bis zur offenen Lüge) den Eindruck zu vermitteln, die DDR stünde auf diesem sensiblen Bereich nicht mehr als westeuropäische Industrienationen, so wurde in den letzten Wochen des Jahres 1989 doch zunehmend zur Gewißheit, daß der sozialistische Staat deutscher Nation zu den größten Umweltverschmutzern der Welt zu zählen ist. Ungeschminkte Fernsehdokumentationen über den Leipziger und Bitterfelder Raum haben wohl jedem verdeutlicht, was die Glocke geschlagen hat. Angesichts dieser Tatsachen verwundert es nicht, daß alle sozialen und Altersgruppen die BRD in bezug auf den Umweltschutz deutlich präferierten. Fast identisch mit den Ergebnissen der ZIJ-Studie waren übrigens jene, die Anfang Dezember 1989 aus einer gemeinsamen Untersuchung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR mit dem Bielefelder Emnid-Institut und der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des

"Spiegel" und des ZDF hervorgingen: Damals meinten 80 Prozent der befragten DDR-Bürger, daß die Bundesrepublik der DDR auf dem Gebiet des Umweltschutzes überlegen sei. Nur ein Prozent war gegenteiliger Auffassung.

Fast die Hälfte der DDR-Bevölkerung war im Februar 1990 nach wie vor der Überzeugung, daß gute berufliche Ausbildungsmöglichkeiten eher in der DDR als in der Bundesrepublik gegeben wären. Sicher haben die meisten hier vor allem in Betracht gezogen, daß bisher wirklich im Grunde jeder Schulabgänger in der DDR eine Lehrstelle erhalten hat (wobei hinzugefügt werden muß: Es war freilich nicht immer die gewünschte Lehrstelle!).

Tab. 45: Lebensbedingungen in DDR und BRD im Vergleich aus der Sicht der DDR-Bevölkerung

2. Berufsausbildung und Einkommen (Angaben in %)

	trifft eher für die DDR zu	trifft eher für die BRD zu	kein Unter- schied	Das weiß ich nicht
gute berufliche Ausbildungs- möglichkeiten	49	17	19	15
gerechte Vertei- lung der Ein- kommen	12	51	10	27

Nicht unwesentlich ist sicher, daß DDR-Studenten vom allgemeinen Trend etwas abwichen. Sie sahen überdurchschnittlich häufig Vorteile im Ausbildungssystem der Bundesrepublik oder aber keine Unterschiede zwischen beiden Staaten. Möglicherweise hatten die Studenten vor allem ihr spezifisches Ausbildungs-"Milieu" vor Augen: Überfrequentierte und wenig effektive Ausbildung in den Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Teilnahmezwang an Lehrveranstaltungen, keine Möglichkeiten zum Wechsel der Studieneinrichtung (und damit zum Kennenlernen unterschiedlicher Lehrmeinungen) u.a.m.

Im Übrigen jedoch urteilten alle sozialen und Altersgruppen etwa im Sinn der in unserer Tabelle ausgewiesenen Durchschnittswerte. Dabei sahen die Befürworter einer deutschen Einheit verständlicherweise kaum Unterschiede zwischen beiden Staaten, die Gegner hingegen deutliche.

Ganz anders nun wieder die Ansichten über die gerechte Verteilung der Einkommen. (Wohlgemerkt, es ging hier nicht darum, wo man mehr Geld verdienen könne, sondern um die gerechte Verteilung der Gelder im Sinne des Leistungssystems. Dennoch haben sicher viele bei der Beantwortung dieser Frage an die besseren Verdienstmöglichkeiten in der Bundesrepublik gedacht.) Etwa die Hälfte der Befragten sah Vorteile für die Bundesrepublik, 12 Prozent für die DDR. Allerdings konnte ein größerer Teil der DDR-Bürger diese Frage überhaupt nicht einschätzen. Zwischen den sozialen und Altersgruppen traten wiederum kaum Unterschiede auf, lediglich Mitglieder der PDS und die potentiellen Wähler dieser Partei sahen auf diesem Gebiet Vorteile für die DDR.

Durchweg Vorteile für die Bundesrepublik sahen im Februar 1990 die Bürger der DDR im gesamten Bereich der Versorgung und Infrastruktur. Auch das ist angesichts der tatsächlichen Zustände wohl kaum als Überraschung zu werten. Am bemerkenswertesten ist sicher, daß auch auf solchen Gebieten wie medizinische Versorgung und Wohnbedingungen, die ja einer gezielten Propaganda in der DDR unterlagen, die Bundesrepublik deutlich präferiert wurde. Es ist anzunehmen, daß die in den Wochen nach der Wende einsetzende Aufdeckung tatsächlicher Gegebenheiten, eingeschlossen die defizitäre Lage im Gesundheitswesen durch den Weggang von Ärzten und medizinischem Personal, nachhaltigere Wirkungen auslöste als die jahrzehntelange DDR-Propaganda.

Am eindrucksvollsten ist sicher die Eindeutigkeit und Geschlossenheit der Urteile von DDR-Bürgern in bezug auf eine gute Versorgung mit Gütern und Waren des gehobenen Bedarfs. Bei allen durchaus möglichen kritischen Einwänden gegenüber bundesdeutscher Wirtschafts- und Verbraucherpolitik konnte wohl objektiv im Frühjahr 1990 niemand die Vorteile der BRD auf diesem Gebiet leugnen.

Tab. 46: Lebensbedingungen in DDR und BRD im Vergleich aus der Sicht der DDR-Bevölkerung (Februar 1990)

3. Versorgung (Angaben in %)

	trifft eher für die DDR zu	trifft eher für die BRD zu	kein Unter- schied	Das weiß ich nicht
gute Versorgung mit Gütern und Waren des geho- benen Bedarfs	1	96	1	2
gute Gelegenheiten für Freizeit und Erholung	9	71	11	9
reichhaltiges kulturelles Angebot	7	62	18	13
gute Alters- versorgung	12	64	8	16
gute medizinische Versorgung der Bürger	15	62	11	12
gute wohnbedin- gungen	18	48	20	14

Deutliche Vorteile räumten die befragten DDR-Bürger der Bundesrepublik auch in Bezug auf gute Gelegenheiten für Freizeit und Erholung sowie ein reichhaltiges kulturelles Angebot ein. In beiden Fällen sahen besonders die 15- bis 34jährigen ~~große~~ Unterschiede zwischen beiden Staaten. Manche mag dies verwundern. Wurde der Jugend in der DDR nicht vieles förmlich "in den Hintern geblasen", wenn es um Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ging? Sicher, es existierte eine größere Anzahl von FDJ-Jugendklubs, es gab auch eine Reihe von Möglichkeiten, sich selbst kulturell oder sportlich zu betätigen. Doch es blieb DDR-Bürgern nicht verborgen, daß ähnliche Möglichkeiten auch für Bürger der Bundesrepublik in großer Auswahl zur Verfügung standen. Und hier wurde nicht reglementiert, eingeengt, bevormundet, wurde nicht ständig der Versuch unternommen, Individualität einer falsch interpretierten Kollektivität unterzuordnen. Kreativität in der Freizeitgestaltung? In der DDR überwiegend Fehl-anzeige. Insofern können die Zahlen in Tabelle 46 eigentlich niemanden überraschen.

In bezug auf Freizeit- und kulturelle Angebote unterschieden sich die sozialen und Altersgruppen in ihren Urteilen kaum, sieht man einmal davon ab, daß Rentner häufiger angaben, diese Aspekte nicht einschätzen zu können. Auch in der bereits zitierten Untersuchung mehrerer Institutionen Anfang Dezember 1989 hatten die befragten DDR-Bürger im übrigen eine Überlegenheit der Bundesrepublik auf den Gebieten von Kunst, Literatur und Theater konstatiert.

Jeder, der die Höhe von DDR-Renten zum Zeitpunkt der Wende kennt und damit weiß, wieviel Monatsrenten ein älterer Bürger zusammensparen mußte, um beispielsweise eine neue Waschmaschine oder einen Kühlschrank zu erwerben, wird verstehen, weshalb zwei Drittel der DDR-Bevölkerung in der Bundesrepublik eine bessere Altersversorgung sahen als in der DDR. Sicher, Altersversorgung setzt sich nicht nur aus den 350 oder 400 Mark Mindestrente zusammen. Sie schließt z. B. auch die häufig sehr aufopferungsvolle Unterstützung durch die Volkssolidarität, den Erlaß bestimmter Kosten, z. B. Fernseh- und Rundfunkgebühren, u. a. ein. Dennoch, insgesamt erschien die Altersversorgung in der Bundesrepublik im Frühjahr 1990 - wie auch die 40 Jahre zuvor - effektiver und für den einzelnen nutzbringender als in der DDR.

Verständlich ist, daß besonders die älteren Menschen die Unterschiede in der Altersversorgung sehr wohl wahrnehmen, während Jugendliche häufiger darauf verwiesen, hierzu keine Einschätzung geben zu können. Aus der allgemeinen Übereinstimmung der sozialen Gruppen in bezug auf das Thema Altersversorgung hoben sich lediglich die potentiellen FDS-Wähler ab. Von ihnen sahen immerhin 26 Prozent Vorteile auf diesem Gebiet in der DDR.

Daß DDR-Bürger im allgemeinen auch im Bereich der medizinischen Versorgung und der Wohnbedingungen Vorteile für die Bundesrepublik sahen, wurde bereits erwähnt. Auch hier hoben sich FDS-Mitglieder und künftige Wähler dieser Partei von allen anderen Gruppen ab: Sie hielten auf beiden Gebieten die DDR für überlegen.

Ebenfalls um Längen voraus - diesmal allerdings mit negativem Akzent - sahen die Befragten die Bundesrepublik, wenn es um die Bedrohung der Bürger durch Kriminalität geht. Etwa drei Viertel der DDR-Bevölkerung vertrat im Frühjahr die Meinung,

eine derartige Bedrohung trüfe eher für die BRD als für die DD zu. In dieser Frage waren sich alle sozialen und Altersgruppen einig. Ungeachtet dessen, daß diese Bewertungen letztlich wohl mit den Tatsachen übereinstimmen, so sind sie doch mit Sicherheit beträchtlich dem Umstand geschuldet, daß in der DDR bis zur Wende über eine Vielzahl besonders schwerer Straftaten überhaupt nichts in die Medien gelangte und so der Eindruck entstehen mußte, hierzulande würde sich das Kriminalitätsniveau auf einer bescheidenen Stufe bewegt haben.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, diese Urteile der DDR-Bevölkerung richtig interpretieren zu können, bleibt letztlich die Schlußfolgerung: Bei den meisten Lebensbedingungen sahen DDR-Bürger Vorteile für die bundesdeutsche Gesellschaft. Dennoch gibt es auch etwas, das die DDR-Gesellschaft in ein gemeinsames Deutschland zum Wohl der Menschen einbringen kann, nämlich eine Reihe von sozialen Leistungen, die vom Ansatz her wirklich das Gefühl sozialer Sicherheit vermitteln können, und das solidarische Miteinander, das sich unter den spezifischen DDR-Verhältnissen eines übermächtigen Zentralismus sozusagen als Abwehrmechanismus entfaltet hat.

Keine Frage, daß die Mehrheit der DDR-Bürger in der Bundesrepublik eher Aussichten auf bessere Lebensbedingungen sah, als in der DDR. Jeder vierte DDR-Bürger konnte das allerdings im Frühjahr 1990 überhaupt nicht einschätzen. Im übrigen: Selbst von denjenigen, die mit Sicherheit in der DDR bleiben wollten, sah die deutliche Mehrheit günstigere Aussichten auf bessere Lebensbedingungen in der BRD - und doch wollten sie bleiben. Hätte man vielleicht wirklich an ein "Treuegeld" für die Bodenständigen denken sollen, wie es im Februar ein BRD-Politiker vorschlug? Die Ungewißheit darüber, ob die bis zum Februar 1990 bereits eingeleiteten Veränderungen für eine echte wirtschaftliche Perspektive der DDR sprechen würden und damit der Rückstand im Lebensstandard zur Bundesrepublik in absehbarer Zeit aufgeholt werden könnte, war allenthalben zu spüren. Nur jeder fünfte DDR-Bürger glaubte bestimmt an eine solche Entwicklung, etwas mehr als die Hälfte hoffte zumindest darauf. 26 Prozent der DDR-Bevölkerung sahen die Möglichkeit eines solchen wirtschaftlichen Aufschwungs im Februar 1990 als Utopie an.

Wer wird am Ende Recht behalten?

14. Rezeption ausgewählter BRD-Sender

Es handelt sich mit

- dem Deutschlandfunk (nachfolgend: DLF) um einen nach dem 13. August 1961 gegründeten, sich stärker als andere Programme auf die DDR orientierenden Sender;
- der Deutschen Welle (nachfolgend: DW) um den Auslandssender der BRD;
- Antenne Bayern (nachfolgend: A B) um einen kommerziellen Sender mit Landesbedeutung.

Die drei Sender sind in der DDR auf unterschiedlichen Wellenbereichen empfangbar (DLF vor allem auf MW, DW auf KW und LW, A B auf UKW). Auch ihre rechtliche Verankerung und die Programmintensionen sind unterschiedlich, gleichfalls die zur Verfügung stehenden Verbreitungsnetze.

Für die Einordnung der Ergebnisse ist ferner die qualitativ hochwertige Empfangbarkeit der Sender (im Zeitalter des immer mehr dominierenden HiFi- bzw. Stereo-Empfangs) sowie die in der DDR territorial doch sehr differenzierten Konkurrenzsituationen von Bedeutung.

Gerade wegen der regionalen Differenziertheit stützt sich die Ergebnisdarstellung auf die Repräsentativpopulation. Der Vergleich der Jugend-Ergebnisse (lernende Jugend) der Repräsentativ- mit der ZIJ-Jugendpopulation (keine territoriale Repräsentanz) zeitigt in 2 Fällen (DLF, A B) deutliche Differenzen (häufigeres Hören in der Repräsentativpopulation). Die größere Deckungsgleichheit beider Populationen bezüglich der Nachfrage zum DLF (vgl. Tab. 48) verweist jedoch auch auf methodische Probleme.

1. Deutschlandfunk

Das Hören des Deutschlandfunks hat in der DDR - gemessen an Ergebnissen zum Rundfunkhören von Jugendlichen - eine wechselvolle Geschichte. Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zählte er zu den am häufigsten gehörten Sendern in der DDR, büßte aber spätestens zu Beginn der 80er Jahre erheblich an Resonanz ein, u.a. bedingt durch die wachsenden Angebote in zielgruppenspezialisierten UKW-Programmen.

Dennoch dürfte er zu den bekanntesten Sendern der BRD zählen, 50 Prozent haben ihn schon gehört, darunter 23 Prozent gestern,

15 Prozent innerhalb der letzten 2 Wochen und 6 Prozent vor etwa zwei bis drei Wochen. Diese Werte entsprechen recht genau jenen 45 Prozent, die in einer normalen Woche mindestens einmal den DRF gehört haben (Nachfrage) und markieren den potentiellen Hörerkreis.

Tab. 47: Hören des Deutschlandfunks

"Haben Sie die folgenden Sender schon einmal gehört, und wenn ja, wann zuletzt?"

a) Deutschlandfunk

- 1 gehört, und zwar gestern
 2 gehört, innerhalb der letzten zwei Wochen
 3 gehört vor zwei bis drei Wochen
 4 gehört, aber vor noch längerer Zeit
 5 noch nie gehört

	1	2	3	4	5
<u>M 2</u>	23	15	6	36	20
15 - 24 Jahre	20	13	6	39	22
25 - 34 Jahre	17	13	3	50	17
35 - 44 Jahre	25	17	7	37	14
45 - 54 Jahre	24	16	8	35	17
55 - 64 Jahre	23	23	6	28	20
über 65 Jahre	31	12	4	25	28
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>					
sehr dafür	30	17	5	32	16
etwas dafür	22	14	7	39	18
eher dagegen	13	15	5	42	25
sehr dagegen	15	12	4	32	37
Bezirk					
Halle	42	17	3	30	8
Magdeburg	38	15	3	27	17
Leipzig	33	21	5	34	7
Dresden	31	21	6	28	14
⋮					
Suhl	14	20	4	42	20
Potsdam	14	13	4	34	35
Neubrandenburg	7	17	7	43	26
Frankfurt/O.	7	9	3	34	47
Berlin	5	8	3	56	28

Bei einer Zusatzfrage nach dem Hörverhalten "in einer normalen Woche der letzten Zeit" erwiesen sich 12 Prozent als tägliche Hörer, 55 Prozent hören den DLF so gut wie nie. Die in Tabelle 47 beispielhaft aufgezeigten Differenzierungen wiederholen sich analog (auf dem durch die veränderte Fragestellung anderen Ausgangsniveau).

Die potentielle Hörerschaft wird somit zu einem Viertel täglich erreicht. Gemessen am Hören westlicher Rundfunksender insgesamt (Jugendlicher!) steht der DLF damit in der zweiten Reihe der in der DDR empfangbaren BRD-Sender - allerdings mit der aufgezeigten großen regionalen Differenziertheit.

Tab. 48: Hören des Deutschlandfunks (Zusatzfrage)

"Wenn Sie an eine normale Woche in der letzten Zeit denken, an wieviel Tagen der Woche hören Sie im allgemeinen Sendungen des Deutschlandfunks?"

- 1 an einem Tag
- 2 an zwei Tagen
- ⋮
- 7 an sieben Tagen
- 8 an keinem Tag, so gut wie nie

	7	6	5	4	3	2	1	8
<u>M 2</u>	12	1	4	4	6	7	11	55
Halle	25	3	7	4	8	6	12	35
Magdeburg	23	3	7	3	2	7	14	41
Dresden	19	1	6	8	9	6	9	42
⋮								
Suhl	3	1	4	4	7	10	3	68
Schwerin	3	0	0	3	12	9	6	67
Frankfurt/O.	3	0	0	2	3	7	3	82
Berlin	2	1	1	1	4	2	4	84
Jugend								
- M 2	10	1	5	4	7	7	12	55
- ZIJ-Population	7	2	3	2	5	6	12	63

2. Deutsche Welle

Der Sender erreicht Minderheiten und spielt damit einemarginale Rolle im Hörverhalten der DDR-Bevölkerung. 57 Prozent haben ihn noch nie gehört, 30 Prozent vor längerer Zeit, 4 Prozent am Tag vor der Untersuchung; bei 9 Prozent liegt der letzte Kontakt zwei Wochen und länger zurück. Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigen sich demgemäß weniger im Hören als in der Entschiedenheit des Nicht-Hörens.

Tab. 49: Hören der Deutschen Welle

"Haben Sie die folgenden Sender schon einmal gehört, und wenn ja, wann zuletzt?"

b) Deutsche Welle

- 1 gehört, und zwar gestern
- 2 gehört innerhalb der letzten zwei Wochen
- 3 gehört vor zwei bis drei Wochen
- 4 gehört, aber vor noch längerer Zeit
- 5 noch nie gehört

	1	2	3	4	5
<u>2</u>	4	6	3	30	57
15 - 24 Jahre	7	7	3	28	55
25 - 34 Jahre	3	5	3	35	54
35 - 44 Jahre	4	7	3	35	51
45 - 54 Jahre	3	5	5	32	55
55 - 64 Jahre	3	8	2	23	64
über 65 Jahre	3	4	2	20	71
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>					
sehr dafür	7	8	3	32	50
eher dafür	3	6	3	29	59
eher dagegen	2	4	3	28	63
sehr dagegen	1	2	2	21	74

Das Hören in den letzten Wochen zusammengefaßt (Af. 1 - 3), läßt überdurchschnittlich viele Hörer in den Bezirken Dresden (22 %; nie gehört: 35 %), Magdeburg (21 %; nie gehört: 60 %), Gera (21 %; nie gehört: 63 %), Schwerin (18 %; nie gehört: 41 %) und Suhl (18 %; nie gehört: 59 %) erkennen. Am wenigsten gehört wird die DW in den Bezirken Neubrandenburg (4 %; noch nie gehört: 61 %) und Rostock (2 %; noch nie gehört: 79 %) sowie in Berlin (5 %; noch nie gehört: 58 %).

Die Verteilungsmuster ähneln damit stark denen vom Hören des DLF. An ihrem Zustandekommen haben damit neben den Faktoren der Empfangsqualität und regionalen Konkurrenz auch regional unterschiedliche politische Präferenzen einen Anteil.

3. Antenne Bayern

Aufgrund des Standortes erreicht A B republikweit nur Minderheiten, in einigen Südbezirken aber beachtlich große Hörergruppen. Dies liegt in dem schon 1987/88 ermittelten Trend einer wachsenden Resonanz von kommerziellen, über die Musikkürbung und Gestaltung vorwiegend jugendorientierten Stationen.

Tab. 50: Hören von Antenne Bayern

"Haben Sie die folgenden Sender schon einmal gehört, und wenn ja, wann zuletzt?"

c) Antenne Bayern

- 1 gehört, und zwar gestern
- 2 gehört innerhalb der letzten zwei Wochen
- 3 gehört vor zwei bis drei Wochen
- 4 gehört, aber vor noch längerer Zeit
- 5 noch nie gehört

	1	2	3	4	5
<u>2</u>	12	5	3	14	66
15 - 24 Jahre	16	5	4	21	54
25 - 34 Jahre	14	6	2	16	62
35 - 44 Jahre	14	7	2	13	64
45 - 54 Jahre	11	3	4	14	68
55 - 64 Jahre	9	6	2	10	73
über 65 Jahre	7	4	3	7	79
<u>Vereinigung DDR/BRD:</u>					
sehr dafür	16	6	3	13	62
eher dafür	10	4	3	16	67
eher dagegen	9	6	2	11	72
sehr dagegen	9	5	4	12	70
<u>Bezirk</u>					
Gera	51	8	4	9	28
Suhl	50	9	4	13	24
Karl-Marx-Stadt	40	16	7	16	21
⋮					
Cottbus	1	0	1	12	86
Neubrandenburg	0	0	0	17	83
Schwerin	0	0	0	16	84
Rostock	0	0	0	7	93

Hinsichtlich aller drei Stationen ist - über die regional unterschiedlichen Empfangs- und Konkurrenzbedingungen hinaus - eine zwar mäßige, aber deutlich nachweisbare politische Determination evident. Das ist in den Tabellen am Beispiel der Haltung zur Vereinigung von DDR und BRD ausgewiesen, betrifft zugleich die damit korrelierenden nationalen Identitäten, Parteipräferenzen (häufigeres Hören bei potentiellen Wählern der CDU bzw. Allianz für Deutschland, LDdD bzw. Bündnis Freier Demokraten, der Republikaner, z. T. der NDdD und des Neuen Forums) und Entscheidungen über Hierbleiben und Ausreisen. Entsprechende Zusammenhänge sind gleichermaßen in der Repräsentativ- wie der Jugendpopulation nachweisbar.

Die territorialen Unterschiede lassen sich - den klaren Fall A-B ausgenommen - hingegen vor allem auf die unterschiedlichen "Medienlandschaften" zurückführen. DLF und DW werden besonders wenig gehört, wo ausreichend gut empfangbare Alternativen auf UKW-Frequenzen verfügbar sind (Musterbeispiel: Berlin und Umland) bzw. insgesamt schlechte Empfangsbedingungen gegeben sind (Nordwest-Regionen der DDR). Das häufigere Hören in einigen Süd-/Mittelbezirken ist eher - die auch im Rundfunkbereich "benachteiligte" Region Dresden ausgenommen! - auch politisch motiviert.

15. Angaben zur PopulationPopulationsübersicht der DDR-repräsentativen Population

Die insgesamt 1 623 einbezogenen Personen verteilen sich auf die Untergruppen wie folgt (nur Merkmale, die für die Repräsentanz relevant sind):

		<u>abs.</u>	<u>rel.</u>
<u>Geschlechtergruppen:</u>	männlich	787	49
	weiblich	816	51
	(KA	20	-)
<u>Soziale Gruppen:</u>	Schüler	62	4
	Lehrlinge	53	3
	Studenten	28	2
	Arbeiter	490	31
	Angestellte	530	33
	Selbst.	17	1
	Rentner	344	21
	Sonst.	79	5
(KA	20	-)	
<u>Altersgruppen:</u>		21	1
		328	21
		298	19
		291	18
		219	14
		78	5
		111	7
		248	16
	(KA	29	-)
	<u>Besirke:</u>	Berlin	147
Cottbus		103	6
Dresden		134	8
Erfurt		86	5
Frankfurt/a.		81	5
Gera		73	5
Halle		193	12
K.-L.-Stadt		195	12
Leipzig		140	9
Magdeburg		153	10
Neubrandenburg		41	3
Rostock		89	5
Sostock		66	4
Schwerin		46	3
Suhl		61	4
(KA	15	-)	
<u>Ortsgröße:</u>	unter 2000	381	24
	bis 10 000	268	17
	bis 50 000	345	21
	bis 100 000	154	10
	über 100 000	454	28
	(KA	21	-)

(alle Prozentwerte bezogen auf N-KA)